Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 100 | Bezugspreis: Monatlich 3.50 Mk. frei Haus; bei Abholung 3.25 Mk. Bei Postbezug 3.50 Mk. monatlich oder 10.50 Mk. im Vierteljahr. Bestellgeld extra. Letzteres trägt der Verlag bei Einsend. des Bezugspreises a. d. Postscheckkonto. | Halle, Donnerstag, den 29. April 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 40 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 1.20 Mk. für die Millimeter-Zeile. Kollektivanzeigen mit 50 % Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. — | 4. Jahrgang.

Formale oder reale Demokratie?

Von Eduard Bernstein.

Ich weiß nicht, welcher Pfiffikus zuerst die geniale Entdeckung gemacht hat, daß die demokratische deutsche Republik „nur die formale Demokratie" sei. Jedenfalls kann er sich rühmen, massenhaft Nachbeter gefunden zu haben. Die Doktrin haben sie sofort mit Wonne aufgegriffen. In allen ihren Zeitungen und Versammlungen wird sie Gläubigen gepredigt. Und es fehlt selbst in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht an Leuten, die sich von ihr blenden lassen. Man sollte meinen, wenn man diese Leute hört, unsere ganze politische Aufklärungsliteratur der Jahrzehnte vor dem Kriege, von Lassalles Arbeiterprogramm an, sei „für die Katz" geschrieben, unsere Erfahrungen in der Praxis des politischen Lebens, die uns immer stärker von dem Wert und der Bedeutung der Demokratie für den Sozialismus überzeugten, seien nur Phantasiegespinste, und die seinerzeit von den Vertretern der Sozialdemokratie — die Mehrzahl davon jetzt Unabhängige — im Verfassungsausschuß des Reichstags aufgestellten Forderungen auf Demokratisierung der Verfassung auf bloße Formalitäten gerichtet gewesen.

So wird es denn Zeit, einmal ernsthaft der Phraseologie zu Leibe zu gehen, die in dieser Weise selbst Leuten die Köpfe benebelt, von denen man Besseres erwartet hätte.

Was hat der Ausdruck formale Demokratie für einen Sinn, was kann er besagen? Wenn hinter ihm überhaupt ein Begriff steckt, doch nur eine Demokratie, die lediglich in der Form besteht, sich aber, weil ihr die Macht fehlt, ihren Beschlüssen Geltung zu verschaffen, nicht oder nur ausnahmsweise und in Nichtigkeiten in Werke umsetzen kann. So waren z. B. in Frankreich die Volksabstimmungen unter den Bonapartes nur formale Demokratie, weil sie unter Bedingungen erfolgten, die den Abstimmenden nicht einmal die Freiheit der Formulierung der zu beantwortenden Frage ließen, diese vielmehr jeder Möglichkeit entbehrten, einer gegen die Regierung gerichteten Abstimmung Wirkungskraft zu geben. Auch als Louis Bonaparte der spätere Napoleon III.) beim Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 das von der Nationalversammlung verkürzte allgemeine Wahlrecht wiederherstellte, gab er Frankreich nur eine formale Demokratie, denn er stieß Presse und Versammlungsrecht unter einschnürenden Zwangsgesetzen, und das Wahlrecht galt für eine Kammer, die nicht einmal das Recht hatte, von sich aus Gesetze zu beantragen. Ebenso war die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für den Norddeutschen und später Deutschen Reichstag seinerzeit nur Verwirklichung eines Stücks formaler Demokratie, denn auch die Rechte des Reichstags waren beschränkt, seine Beschlüsse über Anträge aus seinen eigenen Reihen waren Material für den Papierkorb, wenn sie die Zustimmung des Bundesrats nicht fanden. Auch konnte die Regierung ihn jederzeit auflösen und Neuwahlen ausschreiben, wenn sie die Gelegenheit dafür günstig erachtete, die Minister waren nicht ihm verantwortlich und viele weittragende Verfügungen konnte der Kaiser treffen, ohne sie erst zu befragen. Ueberall nun, wo ähnliche Verhältnisse bestehen, wo überhaupt bei demokratischem Wahlrecht die Rechte der Volksvertretung durch über ihr stehende politische Gewalten beschränkt sind, hat das Wort formale Demokratie einen Sinn.

Von alledem ist aber in der Republik Deutschland nicht die Rede. Hier ist das Volk durch die von ihm auf Grund des demokratischen Wahlrechts gewählten Volksvertreter und gegebenenfalls durch sein direkt abgegebenes Votum der Träger der obersten Gewalt. Gegen die Beschlüsse der Vertretung haben der vom Volk gewählte Präsident und der aus Vertretern der selbst wieder demokratisch konstituierten Landesregierungen gebildete Reichsrat höchstens ein aufschiebendes Votum oder das Recht der Anrufung des Volksentscheides, aber keine Möglichkeit, sie kraft eigener Machtvollkommenheit zu verneinen. Hier ruht die reale gesetzgeberische Macht ausschließlich beim Volke und seinen gewählten Vertretern. Kein Gesetz kann zustande kommen ohne ihre Zustimmung, kein Gesetz oder in Gesetzesform ausgedrückte Verfügung, die sie beschlossen haben, durch Beschlüsse anderer politischer Instanzen ihrer Rechtskraft beraubt werden. Die Demokratie ist auf diese Weise real wie nur irgend möglich.

Freilich ist sie damit noch nicht schlechthin allmächtig. Eine ganze Reihe sozialer Faktoren zieht ihrer Macht, sei es zeitweilig oder aber auch dauernd, gewisse Grenzen. Um ein drastisches Gleichnis Lassalles heranzuziehen, wenn es der Nationalversammlung beikommen sollte, ein Gesetz zu beschließen, wonach vom Sommer 1921 an alle Apfelbäume Feigen zu tragen haben, so würde das natürlich toter Buchstabe bleiben. Und nicht viel anderes würde erzielt werden, wenn ein Gesetz etwa verfügte, daß alle akademisch gebildeten Lehrer höherer Schulen von diesem Termin an demokratisch-republikanische Gesinnung anzunehmen haben. So wenig ein gehörig ausgewachsener Apfelbaum durch gärtnerische Künste dahin zu bringen ist, Feigen zu tragen, so wenig kann der Gesetzgeber in bestimmter Denkart herangebildeten erwachsenen Leuten eine andere Denkart aufzwingen.

Ebensowenig kann die Demokratie auf wirtschaftlichem Gebiet nach völlig freiem Belieben verfahren. Sie ist auch da durch die gegebenen Verhältnisse materieller und geistiger Natur, durch die Entwicklungshöhe und Gliederung der Volkswirtschaft in ihrer Verfügungsmacht eingeschränkt, will sie nicht sehr trübe Erfahrungen machen. Sie kann nicht nach Eingebungen der bloßen Laune, nach Gunst oder Ungunst sozialisieren und kommunisieren, ohne gewärtigen zu müssen, daß die Produktion, von der der Wohlstand der Nation abhängt, schweren Schaden leidet. Sie kann nicht einmal nach Belieben Steuern ausschreiben, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, durch Nichtbeachtung bestimmter Erfahrung und Wirtschaftsgesetze sich in das eigene Fleisch zu schneiden.

Meint man das, meint man diese Begrenzung der Macht durch gegebene geistige und materielle Faktoren des sozialen Organismus, wenn man von „nur formaler" Demokratie spricht, dann gibt es überhaupt kein politisches System, das nicht „nur formal" wäre. Unsere neumodischen Verächter der von der Sozialdemokratie auf Grund reicher Erfahrungen bisher durchgehaltenen Ideen und Grundsätze folgen der Parole der Bolschewisten, wenn sie die Demokratie in den Augen der Arbeiter heruntersetzen. Aber gerade die Erfahrungen der Bolschewisten sind ein Schulbeispiel dafür, daß selbst die mit den größten Vollmachten ausgestattete und mit der rücksichtslosesten despotischen Gewalt vorgehende politische Herrschaft elend versagt, wenn sie sich über die Grenzen hinwegsetzen zu können glaubt, welche die Tatsachen des sozialen Lebens dem Eingreifen in dessen funktionellen Entwicklungsgang ziehen. Die Bolschewisten haben sich, durch den Aberglauben an die Allmacht der politischen Gewalt verleitet, als wahre Stümper auf dem Gebiet der Volkswirtschaft und Sozialpolitik erwiesen. Trotz Einstellung sehr tüchtiger Fachleute haben sie eine ihrer vermeintlich den Sozialismus unmittelbar zur Verwirklichung bringenden Maßnahmen nach der anderen zurücknehmen müssen, weil sie teils das Gegenteil der Ergebnisse zur Folge hatten, die sie bewirken sollten, teils sich überhaupt nicht durchführen ließen und mit dem, was sie die Diktatur des Proletariats nennen, was aber tatsächlich immer nur — und zwar mit Naturnotwendigkeit — die Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit des Proletariats war, sind sie jetzt bei der Einführung eines Arbeitszwangsgesetzes gelandet, das mit seinen drakonischen Bestimmungen in bezug auf Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter und Vorschrift „eiserner Disziplin" das weiland deutsche Hilfsdienstgesetz weit hinter sich läßt. In bezug auf wirklichen Arbeiterschutz sind die Arbeiter Rußlands heute da, wo sie zu Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren. Von dem Achtstundentag, den die „nur formale Demokratie" in Deutschland als Höchstarbeitszeit zur Verwirklichung gebracht hat, ist in Rußland nicht mehr die Rede. Nicht infolge mangelnden guten Willens der Bolschewisten, aber infolge ihrer tappischen Gewaltpolitik, die sie für marxistisch hielten und die tatsächlich ein Rückfall in vormarxistischen Revolutionsutopismus war, beziehungsweise ist.

So wenig wie irgend ein anderes Regierungssystem kann die demokratische Republik auf dem schwierigen und durch die Rückwirkungen des Krieges noch hundertmal steiniger gemachten Felde der Volkswirtschaft Wunder verrichten. Sie muß hier schrittweise

Wahlschwindel!!

Die „Hallesche Zeitung" und ebenso toll die „Allgemeine Zeitung" veröffentlichten in den letzten Tagen fürchterlich lange und unheimlich genaue Nachrichten über blutige Umsturzabsichten der Kommunisten in Mitteldeutschland. Man war im Zweifel, wo die größte Räuberphantasie herrschte, bei dem Hersteller der Nachrichten oder bei denen, die ihre Veröffentlichung veranlaßten. Jetzt entpuppt sich die ganze Geschichte immer mehr als plumper Wahlschwindel. Die Pressestelle des Oberpräsidenten in Magdeburg veröffentlicht über die ganze Angelegenheit folgende kurze Erklärung, die wir nach dem eigenen Bericht der „Halleschen Zeitung" in ihrer gestrigen Abendausgabe zitieren:

„Die im ganzen Reiche verbreiteten Nachrichten aus der Provinz Sachsen über einen neuen Kommunistenputsch, der in den nächsten Tagen losbrechen soll, sind völlig aus der Luft gegriffen. Wie auf dem Provinziallandtag in Merseburg, so hat auch in Eisleben eine Konferenz, die überwiegend von Unabhängigen besucht war, in Gegenwart eines Kommissars des Oberpräsidenten jeden Putsch auf das schärfste und ausdrücklichste verurteilt. Die Arbeiterschaft will Ruhe haben und lehnt einmütig jeden Putsch ab. In sozialdemokratischen Kreisen gewinnt die Auffassung immer mehr Boden, daß die von Berlin stammende Meldung über den Putsch in der Provinz Sachsen weiter nichts als ein durchsichtiges Manöver sei. In der Provinz Sachsen ist ein Putsch der Kommunisten jedenfalls nicht zu erwarten."

Reichswehrminister Geßler zur Lage im Ruhrrevier.

Berlin, 29. April. Der Reichswehrminister Geßler äußerte in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Voss. Ztg." u. a.: Aus allen Teilen des Ruhrreviers werde er überschwemmt mit Bitten, die Reichswehr nicht abziehen zu lassen. Wenn wir dort mit zwei Batterien zurückbleiben, muß das Allerschlimmste befürchtet werden. Der Minister kam auch auf Bayern zu sprechen und betonte, daß man die Lage dort nicht so leicht nehmen dürfe. Man müsse nicht vergessen, daß Berlin nicht Deutschland sei und daß jeder Fehler, der in Berlin gemacht werde, in Bayern sofort aufgegriffen und verwertet werde.

Dänische Besetzung der ersten Zone.

Aus Kopenhagen kommt folgende Meldung: In der heutigen Sitzung des nordschleswigschen Ausschusses des Reichstages teilte der Ministerpräsident mit, daß die dänische Besetzung der ersten Zone am 5. Mai beginnen würde. Ferner machte er die Mitteilung, daß der dänischen Gesandtschaft in Paris zwei Sachverständige als Ratgeber für die nordschleswigsche Frage beigegeben worden seien.

Zusammenstöße in Posen.

Nach eingegangenen Nachrichten kam es in Posen auf dem Schloßplatz zu schweren Zusammenstößen zwischen streikenden Eisenbahnern und polnischem Militär. Einem Demonstrationszuge von Eisenbahnern stellte sich vor dem Schlosse polnisches Militär entgegen. Der Aufforderung an die Demonstranten, auseinanderzugehen, wurde nicht Folge geleistet. Das Militär feuerte, und es gab innerhalb kürzester Zeit sechs Tote, eine bedeutende Anzahl Schwer- und eine noch größere Anzahl Leichtverletzter. Infolge des Zusammenstoßes hat sich der Stadt große Erregung bemächtigt. Der gesamte Zugverkehr aus und nach der Stadt Posen ist eingestellt, da auch die Eisenbahnbeamten gezwungen wurden, sich dem Streik anzuschließen. Der deutsche Auswandererzug, der gestern Posen verließ, wurde von deutschen Beamten geführt.

Die Goldzölle.

Das englische Auswärtige Amt hat dem deutschen Geschäftsträger eine Note zugehen lassen, wonach die alliierten Regierungen beschlossen haben, daß die Erlaubnis, die der deutschen Regierung gewährt worden ist, die Zahlung der Einfuhrzölle in Gold zu verlangen, verlängert wird, daß jedoch die einzelnen alliierten Regierungen sich das Recht vorbehalten, die Frage zu irgendeiner Zeit wieder aufzurollen.

Englische Arbeitervertreter nach Rußland.

Die Abordnung der englischen Arbeiterorganisationen ist, wie aus London gemeldet wird, gestern nach Rußland abgereist. Sie gedenkt sechs Wochen dort zu bleiben und außer Petersburg und Moskau auch andere Plätze in Rußland zu besuchen.

Der 1. Mai in Frankreich.

Am 1. Mai wird in ganz Frankreich der Postbetrieb ruhen. Der Fernsprechverkehr wird für zwei Stunden eingestellt werden, die Zeitungen erscheinen nicht.

Türkische Ueberfälle!

Nach Meldungen aus Konstantinopel wurde die französische Garnison von Urfa beim Uebergang über den Euphrat niedergemacht. 300 Mann wurden getötet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200429-16/fragment/page=0001

vorwärts gehen, wenn sie nicht die Politik treiben soll, die in ihren Wirkungen das zur Folge hat, was der Volksmund mit dem Vergleich des Treibens der Kuh im Porzellanladen andeutete. Ohne alles gutzuheißen, was geschehen ist, was schon hätte geschehen können und sollen, muß ich es doch als niedrigen Volksbetrug bezeichnen, wenn man ihr vorwirft, daß sie den Kapitalismus auf Kosten oder zum Schaden der Arbeiter schützt und schont.

Ich weiß von keinem Land, wo heute den kapitalistischen Ausbeutungstendenzen engere Schranken gezogen sind als in Deutschland.

In ihren jahrzehntelangen Kämpfen hat die deutsche Sozialdemokratie nicht zu bestreitende Beweise von der schöpferischen Kraft rationell angewandter Demokratie geliefert. Ihrem zähen Ringen ist es gelungen, dem Stück formaler Demokratie, das die Verfassung des Kaiserreichs enthielt, die politische Kraft realer Demokratie zu erkämpfen. Jedes Recht, hinter dem keine Kraft steht, es wirksam auszuüben, ist in der Tat nur formal. Zu sagen, daß die Demokratie in Deutschland nur formale Demokratie sei, heißt behaupten, daß die deutsche Arbeiterschaft unfähig ist, die Waffen zu gebrauchen, welche das uneingeschränkte demokratische Recht der Republik ihr darbietet. Die umfangreiche Liste der gesetzgeberischen und administrativen Taten, welche die deutsche Republik in den kaum anderhalb Jahren ihres Bestehens unter Antrieb und Führung der Partei der Arbeiter unter den so schwierigen Umständen zur Ausführung gebracht hat, straft die Behauptung Lügen.

In keiner Zeit war die Demokratie realer, hat sie sich, wenn nicht als Allmacht, so doch schöpferischer erwiesen als im heutigen Republik gewordenen Deutschland.

Das große Ausräumen.

Die Landräte Schumann-Insterburg, Dr. Wichert-Angerburg, von Martius-Darkehmen, Regierungsrat Dr. Schmiege-Pillkallen, Dr. Simon-Gumbinnen und Dr. Constantin-Labiau sind beurlaubt, die Landräte Freiherr Schultz von Acheradt-Stallupönen, Zwicker-Ragnit und der stellvertretende Landrat Dr. Poll-Niederung Heinrichswalde sind vom Dienste suspendiert worden.

Der Personalreferent im preußischen Ministerium des Innern Geheimrat Schellen ist von seinem Posten zurückgetreten. Die Stelle ist kommissarisch mit dem Renköllner Stadtrat und Kämmerer Lindner neu besetzt worden.

*

Auf Grund der Beteiligung am Kapp-Putsch oder wegen sonstiger feindseliger Betätigung gegen den republikanischen Staat hat man, nach einer Zusammenstellung der „Soz. Korr.", bisher folgende Beamte, außer den obengenannten, aus ihren Aemtern entfernt: Landrat von Winterfeldt in Kyritz, Landrat Dr. Spiritus in Perleberg, stellvertretender Landrat Regierungsassessor Boelling in Schwelm, Landrat von Maltzahn in Bergen auf Rügen, Landrat Graf zu Ranzau in Freystadt, Landrat von Bodenhausen in Bitterfeld, Landrat von Manteuffel in Delitzsch, Landrat Mangold in Schleusingen, Landrat Barthels in Weißenfels, Landrat von Münchhausen in Wittlage, Landrat von Kusserow in Grimmen, stellvertretender Landrat Kreisdirektor Orel in Bublitz, stellvertretender Landrat Regierungsassessor von Dannenberg in Neustettin, Landrat Schultze in Bütow, Landrat von Eisenhardt-Rothe in Köslin, andrat Dr. Knoll in Greifswalde. Zu diesen 19 Landräten kommen die Oberpräsidenten von Richter in Hannover und Winnig in Königsberg, dann die Regierungspräsidenten Dr. von Campe in Minden, Freiherr von Braun in Gumbinnen und Paarli in Schleswig. Ebenso wurden entfernt aus dem Preußischen Ministerium des Innern Geh. Regierungsrat Doms, aus der Regierung in Königsberg Oberpräsidialrat von Hassal und Landrat von Brünneck, ferner Landrat von Mann in Schlochau. Der größte Teil dieser Beamten wurde vom Amt suspendiert und gegen sie ein Disziplinarverfahren auf Amtsenthebung und Bestrafung eingeleitet; andere haben es vorgezogen, selbst ihren Abschied zu nehmen.

Die Untersuchung der Kriegsschuld.

Zur Amtsniederlegung Dr. Quarcks.

Genosse Meerfeldt schreibt dem „Vorwärts":

Die in der Sonntags-Ausgabe des „Vorwärts" veröffentlichte Erklärung Dr. Quarcks, die seine Amtsniederlegung als Vorsitzender des ersten Untersuchungsausschusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu begründen versucht, veranlaßt mich zu folgenden Feststellungen:

Unter den sozialdemokratischen Mitgliedern des Ausschusses bestand keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß es dringend erwünscht ist, die bereits vorliegende, recht umfangreiche schriftliche Beweisaufnahme (siehe erste Beilage des „Vorwärts" vom Sonntag) noch vor Schluß der Nationalversammlung durch die mündliche Vernehmung einiger hervorragend beteiligter Personen zu ergänzen. Die Geschäftslage der Nationalversammlung machte es jedoch ganz unmöglich, solche öffentlichen Sitzungen des Unterausschusses anzuberaumen, solange das Plenum tagte. Gegen den Vorschlag Dr. Quarcks, die Vernehmungen nach Abschluß der eigentlichen Tagung zu veranstalten, also Ende dieser sowie Anfang nächster Woche, wurden aber von allen Seiten sehr schwerwiegende Bedenken geltend gemacht. Die Abgeordneten drängen nach Hause, sie wollen in ihre Wahlkreise. Unser ganzes politisches Leben ist schon auf den Wahlkampf eingestellt. Die Anteilnahme der Oeffentlichkeit an den Vernehmungen des Untersuchungsausschusses war schon vor zwei Wochen, als Graf Bernstorff wieder vernommen wurde, mehr als bescheiden, sie würde sich inzwischen todsicher noch weiter reduziert haben. Den Aufgaben des Ausschusses ist aber selbiges ständlich nicht damit gedient, wenn er vor gähnend leerem Saal und ohne das vielstimmige Echo der Presse verhandelt. Ohne die intensive Anteilnahme weiter Volkskreise droht seine Tätigkeit zur Karrikatur zu entarten. Diese Erwägungen vor allem, die übrigens auch im Seniorenkonvent vorherrschend waren und von dessen sozialdemokratischen Mitgliedern durchaus als richtig anerkannt wurden, bestimmten mich, dem Genossen Quarck nicht zu folgen. Die Fortsetzung und Beendigung der Kriegsschuld-Untersuchung muß Sache des neuen Reichstags sein, dem das unter Dr. Quarcks mustergültiger Leitung gesammelte und verarbeitete Material eine sehr wertvolle Vorarbeit bilden wird.

Die Nationalversammlung.

Nach einem Beschluß des Aeltestenausschusses wird die Nationalversammlung heute (Donnerstag) ihre Beratungen beendigen, jedoch am Mittwoch, den 19. Mai, nochmals zusammentreten, um die dann vorliegenden drinalischen Gesetzentwürfe zu erledigen. Vermutlich werden diese Beratungen bis Freitag, den 21. Mai, abgeschlossen sein.

Er hat's nicht nötig.

Der „Lokal-Anzeiger" bringt eine Darstellung der Kieler Vorgänge in der Zeit des Kapp-Putsches, die in der deutlichen Tendenz verfaßt ist, die abgesetzten Offiziere zu rechtfertigen und die regierungstreuen Mannschaft in ins Unrecht zu setzen. Dabei muß das reaktionäre Blatt aber doch folgendes in seine Schilderung einflechten:

Um 5 Uhr 30 Minuten vormittags haben Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, unter ihnen Dr. Heller, den Stationschef telephonisch gefragt, wie er sich zu dem Staatsstreich in Berlin stelle; Admiral v. Levetzow hat eine Antwort auf diese Frage verweigert, da er sich nicht verpflichtet und berechtigt fühlte, einzelnen ihm persönlich unbekannten Mitgliedern einer Partei Auskunft über sein Verhalten als Militärbefehlshaber zu geben.

Ein Admiral, der im kritischen Moment auf die Frage, zu wem er stehe, stolz die Antwort verweigert, ist allerdings eine überaus vertrauenseinflößende Erscheinung.

*

Inzwischen trifft aus Kiel die Meldung ein, daß der stolze Admiral v. Levetzow in Schutzhaft genommen worden ist und sich zurzeit auf dem Wege nach Leipzig befindet, wo er sich vor dem Reichsgericht zu verantwortet haben wird, falls er sich nicht auch zu dieser Verantwortung „nicht verpflichtet fühlen" sollte.

An unsere Interessenten

Am Sonnabend, den 1. Mai herrscht Arbeitsruhe im Betrieb der Volksstimme.

Es erscheint an diesem Tage kein Blatt. Alle Ankündigungen von Veranstaltungen, die am Sonnabend und Sonntag stattfinden müssen deshalb in der Freitagsnummer zur Veröffentlichung kommen. Wir ersuchen höflichst, diesbezügliche Inserate uns möglichst bis spätestens Freitag früh 8 Uhr zustellen zu wollen. Die Expedition.

Die Wahlen in Dänemark.

Die Wahlen zum Folkething hatten folgendes Schlußergebnis: Liberale 48 Mandate (Gewinn: 4 Mandate), Sozialisten 42 Mandate (Gewinn: 4 Mandate), Konservative 28 Mandate (Gewinn: 7 Mandate), Radikale: 17 Mandate (Verlust: 15 Mandate), Erwerbspartei: 4 Mandate (Gewinn: 3 Mandate), Freie Sozialdemokraten, Unabhängige Rechte, Unabhängige Radikale: je 1 Mandat Verlust. Die Faröer (1 Sitz) wählen später.

Der katastrophale Verlust der bürgerlichen Linken zugunsten der Rechten dürfte zur Bildung eines „linksmoderaten" Ministeriums führen, das der Führer der Bauernpartei leiten und auf die Konservativen und Liberalen stützen wird.

Landwirtschaft und Sozialdemokratie.

Ein Parteigenosse schreibt uns darüber:

„Gegen rechts!" tönt unser Feldgeschrei. Die Rechte wehrt sich. Weil sie aber kein wirksames Abwehrmittel hat, darum greift sie zur groben Fälschung. Sie behauptet nämlich im „Bund der Landwirte", daß es nicht gegen rechts, sondern gegen die Landwirtschaft gehe. (B. d. L. v. 3. April d. J.) Neu ist dieser Trick nicht, aber die heutige Regierung hat gar keine Veranlassung dazu, auf ihn ebenso hereinzufallen wie die frühere. **Es ist heute garnicht möglich, gegen die deutsche Landwirtschaft vorzugehen, denn von ihr hängt unser Leben ab!** Der Kampf der Regierung und des hinter ihr stehenden Volkes gilt lediglich solchen Personen, die alle Regierungshandlungen auf Grund einer anders gearteten politischen Gesinnung zu durchkreuzen versuchen. Diese Handlungen sind heute zumeist auf die Befreiung des Arbeiter- und Beamtenstandes eingestellt. Vor reichlich hundert Jahren setzte ein Freiherr von Stein die Befreiung des Bauern und des Bürgers durch. Damals war es eine Revolution von oben. Diesmal kam sie von unten, weil es in Deutschland keinen neuen Freiherrn von Stein gegeben hat. Beide Male waren aber Leute da, die dem Befreiungswerke in den Arm fielen, und beide Male entstammten diese Leute zu einem erheblichen Teile dem Großgrundbesitze. Seine Macht war eben damals nicht mit einer Befreiung des Bauern und Bürgers vereinbar, sie ist es heute nicht mit der des Arbeiters und Beamten. Es gibt vernünftige Großgrundbesitzer, die das einsehen. (Wilbrandt: Sozialismus S. 283 f.) Aber der Anhang des B. d. L. hat keine Ahnung von der Dummheit seines Gebahrens. Zu diesem Anhange gehört auch ein größerer Teil der mittleren und kleinen Landwirte, sowie der ländlichen Handwerker, denn der B. d. L. hat es meisterhaft verstanden, die Scheidelinie zwischen ihnen und dem Großgrundbesitze zu verdecken. Sie ist aber noch da und besteht in der Gier nach Acker und in dem Besitzerdünkel, die wir bei dem Großgrundbesitz finden. 1848 war sich der Bauer dieser Trennung stark bewußt. Er hielt es mit den Demokraten, weil er hoffte, dadurch dem Großgrundbesitze zu Leibe zu können. Die Hoffnung zerschlug sich, aber 1918 ist sie wieder wach geworden, und an der Stelle der damals schwachen Demokratie steht heute die starke Sozialdemokratie. Warum geht du, mittlerer und kleiner Landwirt, Handwerker

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

24. Fortsetzung.

Da hörte er unten an der Straße ein Tor öffnen und wieder zuwerfen, in dem Schatten des Hauses, der über dem Fahrwege lag, huschte es dahin, und auf dem Wiesensteige trat es in das glänzende Licht, es war ihm das herzliebste Dirndl auf der Welt, das da mit blütweißen Aermeln und fliegendem Röckchen dahergkam.

Aber so leicht sollte ihr das nicht werden, das Gras war aufdringlicher als sie, Abendtau war gefallen, die Halme nähten ihr die Füßchen, hielten sich unter ihrem Tritte zusammen und machten sie straucheln, selbst der Weißdorn langte nach ihrem Kleide und suchte sie zurückzuhalten, ganz oben am Wäldchen erschreckte sie noch ein Nachtvogel, der mit leisem Fluge ihr über dem Kopfe hinstrich.

„Grüß' dich Gott, Leni," sagte der Bursche, zu ihr tretend, und bot ihr die Hand. „Ich vermöcht' dir nicht zu sagen, wie mich dein Kommen freut."

„Grüß' dich Gott, Florl," sagte rasch atmend Magdalena. „Ich weiß nicht, ob ich recht damit du', ich weiß wahrhaftig nicht, mir ist so eigen ängstlich, gleichwohl nichts Unrechtes dabei ist, aber es ist das erste Mal in meinem Leben, daß etwas unternehm', was ich vor der Welt heimlich halten möcht' und ganz für mich allein."

„Ein bißchen Heimlichkeit gehört wohl dazu," sagte Florian. „Wir hätten uns gewiß keines zum Brunnen mitten im Orte getraut. Es dauert auch nur so lang', bis man weiß, woran man ist, und dasselbe möcht' ich dir jetzt abfragen."

„So frag' halt."

„Als Kinder haben wir uns leiden mögen, als halbwüchsig sind wir immer zusammen gewesen, und wie mir weh' geschehen ist, daß du dich von da an hast von mir fern gehalten, das kann ich dir gar nicht sagen. Oft genug hab' ich dich mir die Zeit über betrachtet, bildsauber bist du, kreuzbrav dazu und gescheit obendrein, es gibt nichts zweites auf der Welt, wie du bist, für mich nicht, — damit du nicht glaubst, ich rede ungefähr daher, so sag' ich, für mich nicht; wenigstens wüßte ich nicht, was ich angeben (etwas beginnen) möchte, wenn du solltest eines andern werden! Wenn wir von Kind auf gedenken, tausend Einfälle und Stückeln sind uns immer dem einen durch das andere gekommen, wir können uns für alle Lebzeit im Gedächtnis nicht los werden, und weil wir uns so gut kennen und allweil so gleich Schritt gehalten haben, so meine ich, wär' auch gleich gescheiter, wir gingen lieber in einem Stück fort das ganze liebe Leben lang mit einander! Uns kann nicht geschehen, wie oft anderen zusammen verheirateten Hascherln, daß sich dann keines in das andere zu schicken weißt; wir wissen es, was wir aneinander haben, und jedes weiß sich auch vom andern danach wertgeschätzt."

Magdalena sah zu Boden, wickelte die Schürze über die bellen Arme und wieder von denselben. „Es muß ein Unglück sein," sagte sie leise. „Ich hab' es aus meines Vaters Reden entnommen, es muß ein großes Unglück sein, wenn ein rechter Mann oder ein rechtes Weib nicht mit ihresgleichen sich zusammenfinden."

„Ganz recht hat da dein Vater, und ich meine schon selber, wie die Leute sagen, er wär' nicht dumm, aber in einem Stück könnte er wohl auch den Gescheiteren machen; ich möchte ihm schon dafür in Ehren halten, wie ihm gebührt."

„Aber schau', Florl, wenn er so gescheit ist, so hat er doch am End' seine Ursachen?"

„Torge nicht, Leni, auch die gescheitesten Leute haben ihre Mucken. Erst muß er mich doch kennen lernen, dann mag er reden und darauf fürcht' ich mich nicht, wenn ich nur eines weiß."

Magdalena sah schweigend zur Seite.

„Wenn ich eines weiß," sagte Florian, „entweder frag' ich dann nach keinem Himmel mehr, oder mich schreckt auch keine Höll'!"

„Geh', das ist lästerliches Reden."

„Nur die Wahrheit ist es, und frei heraus sag' mir, Leni, ob du mich leiden magst?"

„Ich weiß nicht."

Er faßte sie an den beiden Händen, die leise zitterten, wendete sie gegen sich, sah ihr treuherzig in die Augen und sagte: „Geh', du weißt es schon, sag' es!"

Was sollte daraus werden? Sie vermochte nicht zu reden, sie konnte nicht ja sagen, nicht um die Welt, und nicht nein, wenn man ihr eine zweite dazu geboten hätte, und war doch die eine, die in der hellen Mondnacht vor ihr lag, so schön, und so selig auf ihr zu sein! So bekannt wie von vieltausendmale her und so unverlierbar, so ganz unser eigen, daß wir sie mit einem teilen und an andere schenken können. So soll es ja sein. Was fragt der rasche Herzschlag: Teilst du mit ihm? Teilst du mit ihm?

Ihre Finger klammerten sich fest um die seinen.

Und er sagte leise und fröhlich: „Wenn du es auch nicht sagst, nun weiß ich es doch."

Da lief ein flüchtiges Zittern über ihren Körper, sie wollte es ihm mit schämigem, schalkhaftem Blick vermelden: Sei nicht so eindilderisch! Aber ein paar Tränen, die ihr in den Wimpern zitterten, verhinderten sie, das Auge aufzuschlagen, und das Köpfchen, das sie gar trotzig schütteln wollte, lehnte sich traulich an seine Schulter.

Da tat der Bursche einen lauten Jubschrei, und als sich das Mädchen erschreckt von ihm losmachte und davonellen wollte, hielt er es an der Hand zurück und flüsterte: „Sei nicht bös, mir ist so himmel- und erdfreudig, daß es hat heraus müssen, wird es ja niemand Unrechter gehört haben! Morgen, einmal noch, komm' da heraus, und übermorgen rede ich mit meiner Mutter. Weißdorn vertraut man dorlei lieber an, es erinnert sie selber an ihre ledige Zeit, und es ist ihr liebstes Geschäft, wenn sie können eine Heirat richtig machen."

Das Mädchen drückte ihm die Hand.

„Gute Nacht," sagten sie alle beide und traten eines von dem andern zurück, sie wußten sich für heute nichts mehr zu sagen.

Magdalena ging auf dem Fußsteige dahin, Florian sah ihr nach, bis zum Weißdornbusch war sie gekommen, da rief er: „Auf morgen!"

Sie blieb stehen, brach ein Zweiglein ab und sagte leise: „Morgen." Dann setzte sie ihren Weg fort, ungehindert und unbeirrt; die Nachtvögel hausten da oben im Tann, der Weißdorn hatte ihr ein Blütenbüschel geben müssen, und das Gras, vollgesogen von Tau, ließ teilnahmlos die Halme und feinen Rispen hängen. Unten an der Straße verschwand das das Mädchen im Schatten.

Da hzorchte Florian noch auf, wie sich das Tor unten öffnete und schloß, und dann schritt er fröhlich durch den Tann.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200429-16/fragment/page=0002

und Arbeitsmann nicht hin zu ihr. Es ist Lüge, wenn man dir sagt, daß man dir deine Scholle nehmen wolle. „Sozialisieren" heißt doch nicht, jedem alles wegnehmen, sondern jedem soviel Anteil an unsern Mitteln zur Arbeit zu geben, daß er und seine Angehörigen anständig zu leben vermögen. Könnt ihr das alle? Wenn das nicht so ist, dann liegt es doch daran, daß ihr für die vielen Fäuste nicht Acker genug habt. Den hat aber der Großgrundbesitzer. Damit nun jede Faust, die in der Landwirtschaft lebt und die gerne landwirtschaftlich tätig sein möchte, genug zu Land bekommen kann, darum geht unsre Regierung, darum geht die Sozialdemokratie gegen den Großgrundbesitz vor. Der B. d. L. zittert also nicht um die Landwirtschaft, sondern um den Bestand des Großgrundbesitzes. Laßt euch nichts vorlügen! Auch nichts über die Schuld der Revolution an unserm wirtschaftlichen Elende. Wo war der B. d. L. als die frühere Regierung an die Einrichtung der Zwangsbewirtschaftung unsrer Lebensmittel ging? Wo war der B. d. L., als die frühere Regierung mit allen Lieferanten, auch mit den Großgrundbesitzern, ohne vorherige Einigung über den Preis Lieferungsverträge abschloß, bei denen alle, auch die Großgrundbesitzer, ungerechtfertigt hohe Gewinne einzogen? Wo war der B. d. L., als die Schleichhandelei mit Lebensmitteln anfing und jeder Landwirt einen freundlichen Mahner brauchte, sich nicht darauf einzulassen? Um des Großgrundbesitzes willen hat er euch mit schuldig werden lassen, um des Großgrundbesitzes willen versucht er euch heute vom Wiederaufbau Deutschlands abzuhalten. Den kann nur die Sozialdemokratie herbeiführen! Stärkt ihre Reihen und helft ihr zum Siege über den „Bund der Landwirte", der nicht die Landwirtschaft, sondern nur den Großgrundbesitz vertritt! G.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 28. April. 173. Sitzung. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 25 Minuten.

Der Präsident teilt mit, daß der Reichspostminister ihm gesagt habe, daß der Reichsrat gegen das Gesetz über die Postgebühren Einspruch erhoben habe und es der Nationalversammlung zur nochmaligen Beschlußfassung überweise.

Das Gesetz geht an den Haushaltungsausschuß.

Dann werden die Anträge des Geschäftsordnungsausschusses angenommen, die dahin lauten:

Die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Dr. Maretzky zu genehmigen.

Den Abg. Culshorn (Z.) und Schiele (Dn.) über ihre erfolgte oder versuchte Verhaftung das Bedauern des Hauses auszusprechen, den Reichskanzler um Bestrafung der Schuldigen zu ersuchen.

Die Genehmigung zur Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens gegen den Abg. Braß (U. S.) zu versagen. Ueber diesen Antrag entspinnt sich eine längere Debatte, da Brodauf dann beantragt die Genehmigung zu erteilen mit dem Hinweis, daß dieses nicht die Genehmigung zur Verhaftung bedeute.

Bei der namentlichen Abstimmung über diesen Antrag ergiebt sich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Nächste Sitzung 2¾ Uhr.

•

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Zweite Beratung des Entwurfs eines Besoldungsgesetzes.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß der Aeltestenausschuß sich dahin geeinigt hat, bei diesem Gesetz von einer Debatte abzusehen.

Abg. Frau Zietz (U. S.) widerspricht dem.

Abg. Allekotte (Ztr.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Die überflüssigen Beamten der Post- und Eisenbahnverwaltung müssen in andere Stellungen, zum Beispiel in die Landwirtschaft, abgegeben werden.

Abg. Frau Zietz (U. S.) befürwortet Anträge ihrer Partei. Danach sollen unter anderem die Teuerungszulagen alle drei Monate von der Regierung nachgeprüft werden und vom Reichstag dann genehmigt werden. Den in den Ruhestand versetzten Beamten sollen die Teuerungszulagen voll zugeteilt werden. Die Arbeitszeit aller Beamten soll 48 Stunden in der Woche betragen. Der Regierungsentwurf ist vollständig unsozial. Den verheirateten weiblichen Beamten müssen, wenn der Ehemann nicht noch Beamter ist, die Kinder- und Teuerungszuschläge voll bezahlt. Wir protestieren gegen die Einreihung der Wehrmacht unter die Beamten, auch in hypothetischer Form.

Regierungsseitig wird erklärt, daß die Anträge der Unabhängigen hierzu im Ausschuß gründlich durchberaten wurden und daher auch im Plenum abgelehnt werden sollten. Die Regierung werde für die Altpensionäre tun, was ihr möglich sei.

Abg. Frau Lüders (Dem.) erklärt namens der Frauen der Nationalversammlung, daß sie sich mit dem Gesetz nur in der Voraussetzung einverstanden erklären, daß bei der Einteilung der Gruppen die Interessen der weiblichen Beamten mehr gewahrt werden würden.

Unter Annahme einiger Abänderungsanträge der Mehrheitsparteien und Ablehnung der Anträge Zietz wird eine Reihe von Paragraphen angenommen. Das Diätariat wird in der Vorlage begrenzt, aber erst von 1925 ab.

Abg. Steinkopf (Soz.) beantragt, die Diätare mit dem vollen Teuerungszuschlag zu bedenken.

Die Abgg. Hoch (Soz.), Dersch (Dn.), Frau Zietz (U. S.), Beuermann (D. Vpt.), Allekotte (Ztr.) stimmen dem zu. Der Antrag wird angenommen. Ebenso der Rest des Gesetzes und die Entschließung des Ausschusses.

Es folgt die dritte Lesung der Vorlage.

Zu § 9 wird ein Antrag Delius (Dem.) eingebracht, die Regierungsvorlage wiederherzustellen, wonach das Besoldungsdienstalter der Soldaten, welche unter Verbleib in derselben Besoldungsgruppe besoldet werden, um zwei Jahre vorgerückt wird.

General Reinhardt bittet um Annahme dieses Antrages.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) widerspricht dem, da bei der Kürze der Zeit eine Stellungnahme unmöglich sei.

Abg. Steinkopf (Soz.) stimmt dem Antrage zu.

Der Antrag wird angenommen. Ebenso der Rest des Gesetzes.

Erste Beratung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung des Betriebsrätegesetzes und betreffend den Erlaß neuer Arbeitsordnungen.

Der Gesetzentwurf wird in allen drei Lesungen erledigt.

Zweite Beratung eines Gesetzentwurfs über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung in Verbindung mit der zweiten Beratung eines Gesetzentwurfes betreffend Kosten der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Reichsarbeitsminister Schlicke: Die vorliegenden Gesetze entspringen der Pflicht der Dankbarkeit des Vaterlandes an die Opfer des Krieges und ihre Hinterbliebenen. Neu sind in dem Entwurf besonders der Anspruch auf Heilbehandlung und auf Berufsausbildung. Die Rente ist der Kern des Gesetzes. Eine möglichste Vereinfachung des Rentenverfahrens ist erstrebt.

Abg. Meier-Sachsen (Soz.): Wir begrüßen das Gesetz. Gut ist, daß die Rangunterschiede bei der Versorgungsbemessung entfallen.

Dr. Luppe (Dem.): Die Anträge der Rechten und Linken, die die finanzielle Seite des Gesetzes betreffen, sind mit der Finanzlage des Reiches unvereinbar.

Abg. Bruhn (Dn.) befürwortet einen Antrag auf Erhöhung der Grundwerte und Schwerbeschädigtenzulagen gestaffelt nach Minderung der Erwerbsfähigkeit, ferner auf Erhöhung der Versorgungsgebührnisse.

Abg. Andre (Zentr.) wünscht das Gesetz noch weiter ausgedehnt. Die Bescheide an die Beschädigten müßten beschleunigt werden.

Abg. Laukant (Soz.) begründet einen Antrag seiner Partei, der eine noch weitergehende Erhöhung der Leistungen fordert als der Antrag Bruhn.

Abg. Schwarzer (Bayer. Vpt.) stimmt den Kommissionsbeschlüssen zu.

Reichsarbeitsminister Schlicke: Die Anträge Bruhn und Laukant gehen zu weit. Für die Opfer von Fliegerangriffen wird im Reichsamt des Innern eine Vorlage ausgearbeitet. Die noch vorhandenen Lazarette sollen schleunigst ausgehaut werden, ohne daß darunter die Heilbehandlung der Insassen leiden soll.

Unter Ablehnung der erwähnten Anträge und unter Annahme des Antrages Andre (Zentr.), der das Sterbegeld erhöht, wird das Gesetz in der Fassung des Ausschusses angenommen. Ebenso wird angenommen die Entschließung betreffend die Kriegsinvaliden aus früheren Kriegen. Die beiden Gesetze werden dann in dritter Lesung erledigt und einstimmig angenommen.

Morgen 10 Uhr Reichsgesamtstättengesetz, Tumultschaden, Postgebühren u. a. — Schluß gegen 8¼ Uhr.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 28. April. 140. Sitzung. 12 Uhr. Die erste Beratung der Verfassung wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Preuß (Dem.): Die Referenten, mit der der Minister von dem Entwurf sprach, wird wohl allgemein gefällt und berechtigt zu der Hoffnung, daß wir uns über die notwendigen Abwandlungen noch verständigen werden. Bei der Neuteilung des Entwurfes befolgte der Verfasser den äußersten Rechten einsichtsvolle Politik als der Sprecher der äußersten Linken. Der Wechsel der Staatsform ist für Preußen kein lösbares Problem, sondern könnt nur zusammen mit dem Verhältnis zum Reich und den Provinzen. Die Zentralisierung, daß die Selbstverwaltung der Provinzen nicht beeinträchtigen. Ohne verfassungsmäßige Autonomie der Provinzen sieht jede parlamentarische Parteiregierung auf schwankendem Boden. Die Paragraphen 58 und 59 des Entwurfs geben noch keine Richtlinien für die Selbstverwaltung. Der Finanzrat des Entwurfs ist ein unzulängliches Verlegenheitsinstrum. Ich rede dem Zweikammersystem nicht das Wort, aber ein schrankenloser parlamentarischer Absolutismus ist erst recht kein Ideal. Nach dem Entwurf ist das preußische Volk nur frei, wenn es gewählt hat. Nach der Wahl aber ist es der Sklave des Parlaments. Ein preußischer Staatspräsident ist unmöglich. Es ist aber unhaltbar, daß der Landtagspräsident seine Funktionen übernimmt.

Abg. Dr. Leidig (D. Vpt.): Dieser Entwurf ist das schnelle Ergebnis einer bewegten Zeit und einer gedankenarmen Demokratie. Das Reich läßt den Ländern gar keine Möglichkeit des organischen Aufbaues ihrer Selbstverwaltung. Im Reiche hat Preußen die Hegemonie eingebüßt. Aber selbst dieses Opfer ist uns für die nationale Einheit Deutschlands nicht zu groß. Leider aber ist die Politik der Linken gerade darauf eingestellt, gewesen den nationalen Gedanken zu unterdrücken. Mir möchten an der Spitze des Staates einen Staatspräsidenten als Repräsentanten des Volkes.

Allerdings nicht einen solchen, der zum Generalstreik auffordert.

Ueber dies fordern auch wir eine Organisation, welche die Stelle einer ersten Kammer vertritt. Sie darf aber nicht in derselben Weise gewählt werden wie die zweite Kammer.

Abg. Porer-Oberschlesien (Ztr.): Ich stelle mich auf den Boden der Republik. Aber nach wahrhaftigen Republikanern suche ich auf dem Lande vergebens. Der Entwurf wird ausgezeichnet durch eine knappe, präzise Fassung und hält den Vergleich mit der Reichsverfassung aus.

Die Vorlage geht an den Verfassungsausschuß.

Es folgt die Beratung einer Anfrage des Abg. Gräf-Anklam (Dn.) über die

Auflösung der Einwohnerwehren.

Abg. Graf-Anklam (Dn.): Warum ist nicht auf die Reichsleitung eingewirkt worden, bei dem Feindbund eine Zurücknahme seines Verlangens der Auflösung der Einwohnerwehren herbeizuführen? Was wird die Regierung tun, um die Gefahren abzuwenden, die der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit aus der Auflösung der Wehren drohen?

Abg. Ludwig (U. S.) begründet einen Antrag seiner Partei, die Einwohnerwehren aufzulösen, ihre Massen unter die Kontrolle der Gewerkschaften und Angestelltenverbände stimmen zu lassen und nach Willen dieser Verbände Ortswehren zu bilden und auch Mitglieder dieser Organisationen in die Sicherheitspolizei aufzunehmen.

Abg. Feeder (D. Vpt.): Ordnung und Sicherheit sind im rheinisch-westfälischen Industriegebiet durch die fortgesetzte Ausrüstung der Reichswehr, die Entwaffnung der Einwohnerwehren und die Waffenschiebereien in einseitig unternommenen Ausschüssen stark gefährdet. Was wird die Regierung tun um das Leben und Eigentum der Bürgerschaft und die Erhaltung verfassungsmäßiger Zustände zu sichern?

Abg. Dr. Scheibe-Halle (Dem.): Wir beantragen, gleichzeitig mit der Auflösung der Einwohnerwehren möglichst in Anlehnung an die Sicherheitspolizei nach Bedarf Ortswehren und Flurschutz einzurichten, ferner besonders in Industriebezirken die staatliche Sicherheitspolizei durch Uebernahme der gemeindlichen zu verstärken.

Donnerstag 11 Uhr Fortsetzung, vorher Einbringung der Besoldungsgesetze.

Schluß gegen 7 Uhr.

Wirtschaftliches.

Der Wirtschaftsrat für die freie Einfuhr von Bodenleder.

In der Presse wird ein Schreiben erwähnt, das der Reichswirtschaftsminister vor kurzem an den Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium gerichtet hat, und in dem er darauf hinwies, daß infolge der Besserung der Valuta Unterleder im Auslande jetzt für 40—50 M. zu haben sei, während es im Inlande noch 110—135 M. kostet. Weiter erwähnte dieses Schreiben den Standpunkt der Lederindustrie, die sich erklärlicherweise gegen eine freie Einfuhr erklärte, führte dann aber weiter aus, daß es die Regierung trotzdem nicht verantworten könne, im Interesse der Lederindustrie die Einfuhr billigen Leders zu hindern. Dieses Schreiben ist nun so gewertet worden, als hätte sich die Regierung den Standpunkt der Industrie zu eigen gemacht und sich gewegert, die Einfuhr des ausländischen Leders zu begünstigen. Wie die P. P. N. erfahren, ist das Gegenteil richtig. Vom Ministerium war bereits angeordnet, einen größeren Posten Leder hereinzunehmen. In der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsrates kam die Angelegenheit zur Sprache, wobei ein Vertreter des Ministeriums eine eingehende Schilderung der Entwicklung des Ledermarktes gab. Die Preise sind seinerzeit sprunghaft in die Höhe gegangen wie nirgends anders in der Wirtschaft. Infolge dieser Preisentwicklung wurde der Absatz gehemmt, da das Publikum nicht kaufkräftig genug war, um seinen Bedarf zu decken. Ein Beweis dafür sind die Anträge der Industrie, Gebrauchsschuhe in größerem Umfange ausführen zu dürfen, da die Lagerbestände fortwährend zunehmen. Wenn gegen diese Entwicklung vom Reichswirtschaftsministerium Widerspruch erhob und wurde, wies die Industrie stets auf die niedrige Valuta hin; das hörte aber sofort auf, als die Valuta stieg. Die Industrie fürchtete nun die teuren Schuhe nicht mehr abletzen zu können. Jetzt verlangt die Industrie in ihrer bedrängten Lage Hilfe von der Regierung. Nach eingehender Beratung sprach sich jedoch der Wirtschaftsrat einstimmig für eine freie Einfuhr von Bodenleder aus. Der Reichswirtschaftsminister wird eine dahingehende Anordnung treffen.

Kleines Feuilleton.

Der Schillerpreis der Republik. Im preußischen Staatsministerium ist man augenblicklich damit beschäftigt, ein neues Statut bezüglich der Verleihung des Schiller-Preises, die früher ein Vorrecht des Königs war, auszuarbeiten. In Zukunft soll der preußische Staat den Schiller-Preis verleihen. Die Preisrichter erfordern nach Anhörung des Kultusministers. Die Entscheidung fällt nach Anhörung des Kultusministers das preußische Staatsministerium. — Der Schiller-Preis wurde alle sechs Jahre verliehen. Die letzten Schiller-Preis-Träger waren im Jahre 1908 Erich Schmidt und Karl Schönherr.

Eine totale Mondfinsternis findet in der Nacht vom 2. zum 3. Mai statt. Die erste Berührung des Mondes mit dem Erdschatten erfolgt punkt 1 Uhr, die Totalität der Verfinsterung tritt um 2 Uhr 14 Minuten ein. Um 3 Uhr 27 Minuten erreicht die Totalität uns, um 4 Uhr 41 Min. die Finsternis überhaupt ihr Ende. Der größte Teil der Erscheinung kann hier beobachtet werden. — Der hellstrahlende rote Stern, der während der Finsternis rechts vom Monde steht, ist der Planet Mars, der nicht, wenn ihn der Druckfehlerteufel in der Nummer der Volksstimme vom 21. April gemacht hat, unser Nachbarplanet, sondern unser Nachbarplanet ist. — Der Mondfinsternis folgt am 18. Mai eine fast totale Sonnenfinsternis, die aber bei uns leider nicht sichtbar ist.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr, gelangt die Drama „Vor Sonnenaufgang" von Gerhart Hauptmann zur Erstaufführung. Freitag „Wonzek". Sonnabend „Der Bajazzo" hierauf „Cavalleria rusticana". Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Wilhelm Tell", abends „Die heimliche Ehe". Montag „Alt-Heidelberg".

Im Theater-Theater gelangt am Sonntag, den 2. Mai, abends 7½ Uhr, das Lustspiel „Im weißen Röß'l" von Blumenthal und Kadelburg durch das Stadttheater-Personal zur Aufführung.

Apollo-Theater. Gastspiel Paul Beckers mit seiner Gesellschaft ab 1. Mai. „Fliegentütenheinrich", wie eine seiner Hauptrollen heißt, der unbändige, so vielbeliebte Komiker wird nächsten Sonnabend mit seiner Gesellschaft in das Apollo-Theater zu kurzem Gastspiel einziehen und wieder viele Tausende von gesamem Herzen zum Lachen bringen. Sein neues Stück heißt diesmal „Der verlachte Anton", in dem „Beckers" die Rolle des „Grafen Kuferstein" spielen und Gelegenheit haben wird, seine Komik und Darstellungskunst im Erfassen menschlicher Typen in allen Farben schillern zu lassen. Um ihn herum gruppiert sich eine Reihe in das Komödienfach trefflich sich einführender vorzüglicher Schauspielkräfte. Die Vorverkauf zum Premierenabend und für die folgenden Tage hat bereits sehr stark eingesetzt, ein Zeichen für die ungeheure Beliebtheit des „Fliegentütenheinrich".

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die Eisenbahner feiern am 1. Mai.

Der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes versendet an seine Ortsgruppen folgendes Telegramm:

„Nachdem die Nationalversammlung ablehnte, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erheben, empfehlen wir mit völliger Arbeitsruhe am 1. Mai zu demonstrieren. Der Verbandsvorstand."

Lebensmittel-Kalender.

Versorgung mit Kartoffeln. In der Woche vom 3. bis 9. Mai 1920 können auf die Marke 35 der grauen Kartoffelkarte 4 Pfund Auslandskartoffeln erlangt werden. Der Einkauf darf nur in den Geschäften bewirkt werden, in denen die Anmeldung zur Kartoffelkartoffelnisse erfolgt ist. Der Preis für das Pfund Auslandskartoffeln beträgt 45 Pfg. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend bis einschließlich Mittwoch. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Donnerstag, Freitag und Sonnabend findet nicht statt. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag, den 6. Mai abzuliefern.

Fleischverkauf. Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 150 Gramm je Kopf (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) festgesetzt. Es wird je zur Hälfte Rindercharfleisch und frisches Fleisch ausgegeben. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 1. Mai 1920 durch die Fleischer bei denen die Haushalte auf Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der reichlichen Fleischmarken für die Woche vom 26. April bis 2. Mai 1920. Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 3. Mai d. J. an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Durchschnittsverkaufspreis beträgt für 150 Gramm = 2.40 Mark.

Wurstverkauf. Am Sonnabend den 1 Mai d. J. werden bei dem Fleischer Ackermann und den im Alphabet folgenden Fleischern bis Kirsam, für jede Person eines Haushaltes 50 Gramm Wurst verabfolgt. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marken 3 A und 3 B — bei den Kinderkarten 3 A — der Reichsfleischkarten für die Woche vom 26. April bis 2. Mai 1920 zu erfolgen. Der Verkaufspreis beträgt für 50 Gramm = 60 Pfg. Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 3. Mai d. J. an das Stadternährungsamt abzuliefern. — An die bei den Fleischern Klingner bis Körner angemeldeten Haushalte wird die Wurst in nächster Woche geliefert.

100 Gramm Margarine. In der Woche vom 3. bis 9. Mai 1920 werden auf den Abschnitt 21 der roten Reitkarte für jede Person eines Haushaltes 100 Gramm Margarine zum Preise von 3.65 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Butterkundenliste bewirkt ist. Die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200429-16/fragment/page=0003

abgetrennten Abschnitte sind gebührenfrei dem Stadternährungsamt am Montag, den 10. Mai abzuliefern.

Vorkondensierte Milch. Für Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahre wird für die Woche vom 26. April bis 2. Mai auf den Abschnitt 82 des Einkaufsscheines für Kollektivzusatzmilch 1 Pfund vorkondensierte Milch um Preis von 6 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt am Freitag und Sonnabend dieser Woche bei den zum Vorverkauf zugelassenen Milchhändlern. Die Abschnitte des Einkaufsscheines über Kollektivzusatzmilch sind bis spätestens Dienstag, den 4. Mai, dem Stadternährungsamt einzuliefern.

Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven und Rohwurst in der Talamtschule, am Freitag, den 30. April 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 76 501 bis 80 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 80 501 bis 84 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit einer Person eine halbe Kilodose Fleischer Wurstkonserven an Haushalte mit zwei Personen eine Einkilodose Rohwurst und an Haushalte mit drei Personen eine halbe Kilodose Fleisch- oder Wurstkonserven und eine Einkilodose Rohwurstwurst abgegeben werden. — Die Rohfleischkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. — Der Verkaufspreis für eine Einkilodose Rohwurstwurst beträgt 11 Mk. und für eine halbe Kilodose Fleisch- und Wurstkonserven 5 Mk. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Käse in der Thalamtschule, am Freitag, den 30. April 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 78 501 bis 80 500, vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 80 501 bis 84 500, nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 70 Gramm zum Preise von 60 Pfennig abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Weißkraut an Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre in der Talamtschule, am Freitag, den 30. April 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 76 501 bis 80 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 80 501 bis 84 500, nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann für jede zum Bezug berechtigte Person eine Büchse Malzextrakt zum Preise von 2,80 Mk. abgegeben werden. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Süßstoff. Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers über den Verkehr mit Süßstoff vom 20. Juli 1916 und der Verfügung der Reichsgetreidestelle vom 28. Juli 1917 wird in Ergänzung der Bekanntmachungen vom 7. September und 10. Oktober 1916 für den Stadtbezirk folgendes angeordnet: Für jede Person eines Haushaltes können zwei Briefchen Süßstoff (sogenannte H-Packung) zum Preise von 1 Mk. für das Paket nach Maßgabe der aufgedruckten Bestimmungen in den Drogengeschäften oder in den Apotheken käuflich erworben werden. Bei dem Verkauf hat der Verkäufer die Marke 518 des Warenbezugscheines Nr. 30 für je zwei Briefchen Süßstoff abzutrennen. Die Abtrennung des Warenbezugscheinabschnittes ist unerläßlich und hat in jedem Falle zu erfolgen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Sammlungen gebündelt im Stadternährungsamt, Martinsstr. 22, 3. Obergeschoß, Zimmer 37, unter Angabe ihres Restbestandes binnen 14 Tagen einzusenden. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./1. Nov. 1915.

Halle, den 29. April 1920.

Der Magistrat.

Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch beehren wir uns ergebenst anzuzeigen, dass wir heute unter der Firma

Wilhelm & Schlichter

ein

Massgeschäft für vornehme Herrenmoden

eröffnet haben.

Infolge langjähriger Tätigkeit bei nur ersten Firmen sind wir mit allen in unserem Fache vorkommenden Arbeiten vollkommen vertraut.

Durch rechtzeitigen Einkauf von nur guten Stoffen und besten Zutaten, sind wir in der Lage, noch zu mässigen Preisen zu liefern.

Wir sind bemüht, das denkbar Beste auf dem Gebiete der modernen Herrenschneiderei zu leisten und bitten, bei Bedarf unser Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Halle a. S., den 28. April 1920.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Leipzigerstr. 20, Fernsprecher 5449.

Wilhelm & Schlichter.

Walhalla-Operettentheater.
Ab 8. 2 Abschiedsstücke: Marma Peter, G. Bertram, Georg Krönlein.
Schwarzwaldmädel.
Sonnabend, 1. Mai, Première!
Die tolle Komtess
Oper. v. Walter Kollo. In Szene gesetzt von Dir. Walter Steinert, mit Fanny Köbe und Fritz Schulz!!
Vorverkauf eröffnet.
Kasse 10-1½ u. 4-5½.

Stadttheater
Freitag, den 30. April 20, Anfg. 7½ Uhr. Ed. n. 9½ Uhr: **Woyzeck.**
Sonnabend: **Der Palazzo, hierauf Cavalleria Rusticana.**

Thalia-Theater
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 2. Mai 1920 abends 7½ Uhr:
Im weißen Röß'l.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Zur Maifeier
empfiehlt
Ansteckblumen, Abzeichen und Kinderbelustigungs-Artikel
Grosse Auswahl bei billigsten Preisen.
Paul Lange, Merseburger Strasse 168, neben dem Apollo-Theater.

Nähmaschinen
Reparatur-Werkstätte für Nähmaschinen.
Karl Möller, Schmeerstr. 1. Fernruf 6323.

Sommersprossen!! verschwinden!!
Aus milde einfache Weise tilgt Leidender sowohl unentgeltlich mit Frau Elisabeth Frucht Hannover C. 79, Schließfach 238. [z

Lederklappen
von gebr. Stiefeln in verschiedenen Stärken, sehr geeignet zu Sohlen, preiswert zu verkaufen.
Sternlicht, Alter Markt 11.

Am 10. Mai 1920 beginnen in der Universität

Handelshochschul-Kurse.

Nähere Auskunft, Teilnehmerkarten und Prospekte
1. in der Geschäftsstelle des Kartellverbandes Berlin S., Große Ulrichstr. 10, II, 7—8 Uhr nachm., Fernsprecher 2157.
2. im Büro der Handelskammer, Franckestr. 5, 9 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. Fernspr. 6760.
3. in der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Hallesche Straße 42-44, 12—2 Uhr mittags und 5—7 Uhr abends, Fernspr. 1280
4. im Geschäftszimmer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Gr. Ulrichstr. 55 und Reichenstr. 11, 10—2 Uhr nachm., Fernsp. 4591.
5. im Geschäftszimmer des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände, Leipziger Straße 86, 11—2 Uhr mittags, 4—6 Uhr nachm., Fernsprecher 1453, und Gottesackerstraße 4, 11—4 Uhr nachm., Fernsprecher 3119.
6. im Handelswissenschaftlichen Seminar, Montag bis Freitag, 10—1 Uhr mittags.

Der Leiter
Dr. G. Aubin
Professor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften an der Universität

Sozialdemokrat. Partei Halle
Wahlleitung: Gr. Ulrichstraße 27.
Freitag, den 30. April, abends 8 Uhr, in den Thalia-Sälen, Geiststraße
Oeffentliche Wähler-Versammlung.
Oberbürgermeister Gen. Beims-Magdeburg
Mitglied der Nationalversammlung
spricht über
Der Feind steht rechts!
Zu Massenbesuch ladet ein:
Eintritt 50 Pfg. Die Wahlleitung.

Naumburg a. S.
Volksbuchhandlung
Gr. Marienstr. 10, Ecke Markt
empfiehlt
Partei- und alle politische Literatur.
Klassiker, Romane, Zeitschriften.
Kunstmappen.
Schreibhefte, Briefpapier, Postkarten.
Abonnements auf die Volksstimme werden angenommen.
Zeitungen. Zeitschriften.

Nur 8 Tage
60 Pfg. für 1 kg Alt-Papier
zahle ich
100 Pfg. für 1 kg Bücher u. Zeitungen
Lumpen kg 60 Pfg., Schmiedeeisen kg 40 Pfg.
Alle anderen Rohprodukte höchste Tagespreise.
Abholungen kostenlos.
Bei Eisen und Metallen muß jeder Verkäufer sich als Eigentümer legitimieren können.
Wilhelmine Theuring,
Tomplatz 9. — Telephon 5659.

Stellen finden
Tüchtige, selbstständige
Kesselschmiede, Schlosser,
die bereits an Lokomotivkessel gearbeitet haben, werden sofort für dauernde Beschäftigung eingestellt.
Bühring, Akt.-Ges.
Landsberg (Bez. Halle).

Kaufgesuche
Jeden Posten
Hauslumpen, Wolle und Schafwolle
kaufen zu höchsten Tagespreisen
Kutter & Noack,
Kl. Klausstraße 6. Telephon 4932.

Alt-Metalle
kauft z. höchst. Preis.
Gebr. Plato,
Gr. Brauhausstr. 29.

Vermischtes
534
Vernickeln, Erneuern
von Metallgegenständen jeder Art führt aus
Ferd. Haussenplier,
Metallwarenfabrik Parfüstr. 9. Telefon 1196.
Gegründet 1839.

Neueste Grammophon-Platten
„Die Internationale", „Der Sozialistenmarsch" usw. eingetroffen.
G. Born,
Oleariusstr. 6a a. Hallmarkt.

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung u. normal. Preisen
H. Lerner, Uhren-Reparatur-Werkstatt
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Bar-Kaffeestraße).

Apollo-Theater. Anfg. 7½ Uhr.
Nur noch 2 Aufführungen:
„Das Glücksmädel".
Sonnabend, den 1. Mai, abends 8 Uhr:
Gastspiel des bestens bekannten Komikers **Paul Beckers**
genannt „Der Fliegentütenheinrich"
mit seiner Gesellschaft in dem großen Lachschlager:
„Der vertauschte Anton".
„Graf Anton v. Rickersberg" .. Paul Beckers.
In Dresden, Leipzig, Magdeburg täglich ausverkaufte Häuser!
Der Gastspiel-Vorverkauf ist eröffnet.

Elegante **Damentaschen** aus prima Leder in großer Auswahl äußerst preiswert.
H. Krasemann nur Schmeerstr. 19.

Reisfuttermehl, bestes Kraftfutter für Ziegen, Schweine, Mährren (gehrochen), Rapskuchen, Hühner- und Taubenfutter empfiehlt
„Eiverge", e. G. m. b. H.
Gr. Märkerstr. 3.

Weißenfels

Änderung der Anschlußbedingungen des Wasserzinses und der Mindestsätze der städtischen Wasserleitung zu Weißenfels.

Nach den Beschlüssen der städtischen Körperschaften vom 27. Februar, 12. März, 30. März 1920 werden, vorbehaltlich Genehmigung der Aufsichtsbehörde, die Bestimmungen betr. Anschlußleitungen außerhalb der Grundstücke (§ 11 des Ortsgesetzes) sowie den Wasserzins und die Mindestsätze (§§ 1 und 2 der Gebührenordnung) mit Wirkung vom 1. April d. J. anderweitig und zwar wie folgt festgesetzt:

Ortsgesetz.

§ 11. Anschlußleitungen außerhalb der Grundstücke.

Die Teile der Anschlußleitung außerhalb der Grundstücke, einschl. des im Grundstücke befindlichen städtischen Hauptsahnes und des Wassermessers, werden durch das Wasserwerk hergestellt und unterhalten; sie bleiben städtisches Eigentum.

Die Anschlußkosten (Anschlußleitung außerhalb des Grundstückes und einschl. des im Grundstücke befindlichen Absperrhahnes zur Hälfte vom Wasserwerk und zur Hälfte vom Grundstückseigentümer zu tragen; den Wassermesser stellt die Stadt kostenfrei.

Gebührenordnung.

§ 1. Der Wasserzins wird nach dem durch den Wassermesser ermittelten Verbrauch für jedes Grundstück und für das Rechnungsjahr berechnet und beträgt 50 Pf. pro cbm. Der durch mehrere Wassermesser angezeigte Verbrauch wird zusammengerechnet; die Grundstücke welche denselben Abnehmer gehören und eine wirtschaftliche Einheit bilden.

§ 2. Mindestsätze: Durch den Wasserverbrauch muß eine Verzinsung von 10 vom Hundert der von der Stadt gelieferten Teile der Anschlußleitung erreicht werden; andernfalls ist am Schlusse des Geschäftsjahres der fehlende Betrag nachzuzahlen. Die Verzinsung wird erreicht durch einen jährlichen Wasserverbrauch von

40	cbm bei	13 mm	Anschlußweite	= 20,00 Mk.
60	„ „	20	„ „	= 30,00 Mk.
80	„ „	25	„ „	= 40,00 Mk.
100	„ „	32	„ „	= 50,00 Mk.

Bei größeren Anschlüssen wird die Verzinsung nach den angegebenen Sätzen von Fall zu Fall festgesetzt.

Weißenfels, den 13. April 1920.

Der Magistrat.

Nachdem auch die Hutfabriken ein weitere Preiserhöhungen für Nachbestellungen eintreten lassen erscheint es ratsam die beabsichtigten Einkäufe jetzt vorzunehmen.

Hedwig Erdmann Damenputz, vormals
EMMA ZINCKE
am Markt, Ecke Grosse Klaussstrasse.

Ich biete eine hervorragend grosse Auswahl in Formen und garnierten Damen- und Kinderhüten zu alten Preisen und bitte um zwanglose Besichtigung meiner Läger.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200429-16/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Referentenvereinigung. Donnerstag, abends 8 Uhr im „Augustinerbräu", Mittelstraße, wichtige Besprechung.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 29. April 1920.

Barmherzigkeit.

Vor den Aushängekästen einer Zeitung Volkskauf, erregte Stimmen. Eine bessere Dame ruft wiederholt empört: „Die aus Polen zurückgezogenen Beamten sollen in Berlin in Konzentrationslager untergebracht werden, lesen Sie bitte, lesen Sie bitte, welche Schande von unserer Regierung, diese Regierung!"

Ich trete hinzu: „Sie haben recht verehrte Dame, hier tut schnelle Hilfe wirklich not. Stellen Sie bitte sofort entsprechenden Antrag bei der Regierung, sie möchte Ihnen eine der unglücklichen Beamtenfamilien zum Mitbewohnen ihrer Villa überlassen."

Ich hörte nur noch: F — — ch, in unserer Villa?" Die barmherzige Dame war verschwunden, zum Gelächter der Umstehenden.

Maifeier der Eisenbahner.

Nach einem uns soeben zugegangenen Telegramm von der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes, welches wir im Wortlaut unter den „Neuesten Nachrichten" veröffentlichen, hat sich der Hauptvorstand für die Feier des 1. Mai entschieden.

Der Vorstand des Eisenbahnerverbandes Halle gibt noch folgendes an seine Mitglieder bekannt:

Hiermit fordern wir alle Eisenbahner auf, nicht nach Plan C, sondern den gesamten Dienst am 1. Mai ruhen zu lassen.

Arbeitsruhe am 1. Mai.

Der Magistrat gibt bekannt:

Am Sonnabend, den 1. Mai 1920 bleibt die städtische Verkaufsstelle „Salamischule" geschlossen.

Das Stadternährungsamt, Abteilung für Abfertigung der Milchkarrenläufer, bleibt nom Sonnabend, den 1. Mai d. J. ab bis auf weiteres an Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Der Wochenmarkt am Freitag. Laut polizeilicher Verfügung wird der nach der Marktordnung vom 30. 3. 1906 an den Sonnabenden stattfindende Wochenmarkt in dieser Woche bereits am Freitag abgehalten.

Sitzung des Verkehrsausschusses.

Der Verkehrsausschuß beschäftigte sich gestern mit einem Gesuch des Fahrmarkts- und Messereiwesen-Verbandes, das die Stadtverordneten für die Abhaltung des Osterfahrmarktes interessieren soll. Infolge der Märzwirren ist die Eingabe für dieses Jahr fort, doch beschloß der Ausschuß den Magistrat zu ersuchen, er möge dafür sorgen, daß die in letzter Zeit wiederholt inhibierten halbjährigen Jahrmärkte künftig ungestört abgehalten werden. Der Magistrat stimmte dem zu und soll noch bekannt, daß im Herbst ein erweiterter Jahrmarkt mit achttägiger Dauer abgehalten werden soll. Für diesen Markt soll der Exerzierplatz an der Delaucrstraße vorgesehen werden. Um den Markt besonders mit halbischen Industrieerzeugnissen zu füllen ist eine Anfrage an die Handelskammer betreffs eines Spezialerzeugnisses gegangen. Nach Fertigstellung dieser Vorarbeiten wird der Magistrat sofort den Zeitpunkt der Frühjahrs- und Herbstmärkte bestimmen.

Ein weiterer Antrag: Der Magistrat möge Maßnahmen treffen um mit Hilfe der technischen Nothilfe die Schädigungen für die Allgemeinheit bei Streiks in den städtischen Betrieben abzuwenden, fand keine Unterstützung. Der Ausschuß kam zu der Auffassung, daß sich diese Schäden durch Verhandlungen fernhalten lassen. Auch die Direktoren der städtischen Werke sprechen sich gegen die Lösung dieser Frage im Sinne der Antragsteller aus, da die einzelnen Maschinen ein präzises Arbeiten verlangen.

Der Antrag wurde schließlich mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

Neue Höchstpreise für Mehl und Brot.

Der Magistrat schreibt uns: Die Verordnung über die Regelung des Verkehrs von Brot und Mehl vom 21. Oktober 1919 wird wie folgt geändert:

Bei der Abgabe von Mehl und Brot an die Verbraucher dürfen folgende Höchstpreise nicht überschritten werden:

Roggenmehl 0.90 M., Weizenmehl 0.93 M., Gerstenmehl 0.93 M., Kranfenmehl (Weizenmehl mit niedriger Ausmahlung) 1.— M. für 332 Gramm.

Roggenbrot 4.30 M. für 1800 Gramm, Weizbrot 0.25 M. für 85 Gramm, Roggenschrotbrot 4.20 M. für 1800 Gramm, 2.10 M. für 900 Gramm, Weizenschrotbrot 4.40 M. für 1700 Gr., 2.20 M. für 850 Gramm, 1.10 M. für 425 Gramm, Hefenbrot aus Roggen- und Weizenmehl 4.40 M. für 1800 Gramm, 2.20 M. für 900 Gramm, 1.10 M. für 450 Gramm, Brot aus sog. Kranfenmehl (Weizenmehl mit niedriger Ausmahlung) 4.90 M. für 1700 Gramm, 2.45 M. für 850 Gramm, 1.23 M. für 425 Gramm, Kaiserbrot 2.65 M. für 425 Gramm.

Dieser Nachtrag tritt am 3. Mai 1920 in Kraft. Die in Artikel I aufgeführten Preise dürfen estimalig auf die Brotmarken der 17. Woche erhoben werden.

Die neuen Fahrpreise der Straßenbahn.

Getragen vom 1. Mai ab:

Einzelfahrpreis ohne Wagenwechsel	50 Pf.
Einzelfahrpreis mit einmaligem Umsteigen	60
Monatskarten für 3 Teilstrecken	30 M.
Monatskarten für alle Strecken	50 „
Steuerfreie Wochenkarten f. Arbeiter (bis 4000 M. Jahreseinkommen)	4 „
Steuerpflichtige Wochenkarten f. sonst. Personen (desgl.)	5 „
Arbeiterfrühkarten (desgl.)	2 „
Schülerwochenkarten	4 „
Fahrscheine je mit 10 Einlagen für direkte Fahrt ohne Umsteigen	5 „

Sonderwagen, für eine Teilstrecke 10 M., mind. 30 M. für einen Wagen.

Die sonstigen Beförderungsbestimmungen der Städt. Straßenbahn bleiben bestehen.

Die Kohlenversorgung 1920/21.

Die Ortskohlenstelle schreibt uns: 1. Landabsatz. Es liegt Veranlassung vor, auf § 10 Absatz 3 der Bekanntmachung vom 6. 4. 20 hinzuweisen. „Zuteilung auf Landabsatz in Höchstmengen von 15 bis 20 Ztr. ist vorläufig nicht möglich. Die Landbezugsscheine werden ab August ausgegeben, gegen Rückgabe der noch vorhandenen Kohlenkarten."

Ungeachtet dieser Bestimmung werden täglich, obgleich das neue Kohlenversorgungsjahr erst mit dem 15. 5. 20 beginnt, Verbraucher bei der Ortskohlenstelle vorstellig um einen Kohlenbezugsschein zur Abholung der Kohlen von der Grube zu erwirken. Es müssen daher die betreffenden Verbraucher vorläufig ablehnend beschieden werden.

Im Versorgungsjahr 1919/20 war der Landbezug [illegible] Wirkung ab 1. 5. 19 für Haushaltungen zulässig. Hieraus [illegible] sich während dieser Versorgungsseit Unzuträglichkeiten ergeben. Es sei nur in die verschiedentlich eingetretenen Steigerungen der Kohlenpreise erinnert, die zu zahlen mancher Landbezieher verschont geblieben ist, während sich die bei den hiesigen Kohlenhandlungen angemeldeten Verbraucher mit den höher gesetzten Kohlenpreisen abfinden mußten. Es sei weiter auf die sonstigen Unannehmlichkeiten hingewiesen, die oft der Bezug vorwiegend im Kleinhandel, wie stundenlanges Anstellen bei Selbstabholung der Kohlen usw. mit sich bringt, und die trotz aller Rücksichtnahme und trotz allen Entgegenkommens seitens der Lieferanten angesichts der allgemeinen Lage in der Kohlenversorgung nicht ganz aus dem Wege zu räumen sind. Jedes von Verbrauchern auf dem Landwege direkt von der Grube abgeholte Quantum wird auf die angewiesenen Gesamtmengen für den Stadtbezirk angerechnet. Hierüber scheinen in Verbraucherkreisen noch immer Unklarheiten zu bestehen. Um zu einer möglichst gerechten und

Eine schwere Schuld

haben die Rechtsparteien erneut mit den Wirren im März auf sich geladen. Die furchtbaren Folgen des Kapp-Putsches mit ihren unabsehbaren Schäden für Leben und Gesundheit des deutschen Volkes kommen alle auf das Konto

der nationalistischen Parteien.

So groß die Schuld dieser Harzardeure an dem traurigen Geschick Deutschlands ist, so folgenschwer wird und muß für sie

die Abrechnung bei der Wahl

werden. Deshalb müssen die Wähler schon jetzt voll und ganz über

das Treiben der politischen Bankrotteure

unterrichtet werden. Zu diesem Zwecke und um auf die große Gefahr von rechts aufmerksam zu machen, wird sich in einer

großen öffentlichen Versammlung

Oberbürgermeister Gen. Beims, Magdeburg, am kommenden Freitag, abends 8 Uhr in den „Thaliasälen" mit dem Thema:

Der Feind steht rechts

befassen.

Jeder, dem die Zukunft des deutschen Volkes am Herzen liegt, der nicht gleichgültig den schweren Entscheidungen bei den Wahlen gegenübersteht, muß **die Versammlung besuchen.**

gleichmäßigen Kohlenverteilung zu gelangen, müssen die Verbraucher, die vom Landbezug in der neuen Versorgungsseit Gebrauch machen wollen, den Antrag auf Ausfertigung eines Landbezugsscheines vorerst zurückstellen. Durch die sich bereits in ihren Händen befindlichen neuen Kohlenkarten haben dieselben zunächst die Möglichkeit, ihren teilweisen Kohlenbedarf bei einem hiesigen Händler zu decken.

Weiter haben die Erfahrungen gezeigt, daß die Gruben in Anbetracht der auferlegten Verpflichtungen von höherer Stelle, die vorzugsweise Beteiligung der Landwirtschaft am Grubenbezuge während der Sommermonate usw. oft mit kaum unüberwindlichen Schwierigkeiten bei allen Mitteln zur Steigerung der Produktion zu kämpfen hatten, was zur Folge hatte, daß mancher Inhaber eines Landabsatzscheines bei den Gruben abgewiesen oder zurückgestellt werden mußte. Die sich hieraus ergebenden Unzuträglichkeiten und Schwierigkeiten machten sich auf beiden Seiten unangenehm bemerkbar.

Die gewerblichen, auch die lebenswichtigen Betriebe sind zum größten Teile dauernd mit Landabsatzkohlen zu versorgen, sodaß die vorgenannten Bestimmungen und die Durchführung derselben für den Landbezug der Haushaltungen zur unbedingten Notwendigkeit werden.

Es werden deshalb alle Beteiligten erneut darauf hingewiesen, daß die Kohlenversorgung mit ihren vorerst abzustellenden Einschränkungen wenigstens in glatte, erträgliche Bahnen geleitet wird, und dazu ist es für die Verbraucher in erster Linie notwendig, daß die von der Ortskohlenstelle vorgesehenen Maßnahmen und erlassenen Verordnungen, die letzten Endes doch die Zwangswirtschaft bedingen, beachtet werden.

Für die gewerblichen Verbraucher ist es auch weiterhin nicht zu umgehen, daß bei Abholung eines Gewerbebezugsscheines im Zimmer 4 der Ortskohlenstelle der Gewerbeschein oder desgl. Ausweis vorgelegt wird, damit sich die seitens der Ortskohlenstelle mit der Ausfertigung der Bezugsscheine Beauftragten und der Verbrauchers rechtmäßigen Anspruch überzeugen können. Es ist von Unbefugten versucht worden, auf den Namen von gewerblichen Verbrauchern bei der Ortskohlenstelle Bezugsscheine zu erlangen.

Die mit der Ausfertigung der Bezugsscheine bei der Ortskohlenstelle Beauftragten sind berechtigt, die Vorlage von Legitimationspapieren bei Abholung eines Gewerbebezugsscheines zu verlangen und angewiesen, in Zweifelsfällen die Aushändigung eines Bezugsscheines unbedingt zu verweigern, bis ein ordnungsmäßiger Nachweis erbracht wird.

Verschiedene gewerbliche Verbraucher haben die für das Gewerbe zugewiesenen Kohlen als Hausbrand verwendet, es sind auch Bezugsscheine mit Abänderungen bei den Händlern abgegeben worden, damit die Kohlen direkt nach der Privatwohnung des gewerblichen Verbrauchers geleitet werden sollten. In solchen Fällen liegt ein Verstoß gegen die die Kohlenversorgung regelnden Bestimmungen vor, der strafrechtlich zu verfolgen ist. Die Kohlenhändler werden die Belieferung jedes abgeänderten oder sonstwie zu beanstandeten Scheines ablehnen, bezw. denselben einziehen und der Ortskohlenstelle zur Entscheidung vorlegen.

Der neue Tarifvertrag für kaufmännische und technische Angestellte.

Von der Allgemeinen Arbeitgeber-Vereinigung Halle, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände wird uns geschrieben, daß sie in Verhandlungen stehen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages für die kaufmännischen und technischen Angestellten. Nach Abschluß des Vertrages wird sofort die Allgemeinverbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsministerium beantragt werden. Der Tarifvertrag soll Geltung erhalten für die Orte: Halle, Ammendorf, Beesen, Bölberg, Büschdorf, Diemitz, Dölau, Döllnitz, Granau, Hohenthurm, Holleben, Landsberg (Bez. Halle), Lettin, Nietleben, Osendorf, Passendorf, Schiettau, Wörmlitz, Zwintschöna. Alle Arbeitgeber des genannten Geltungsbereichs müssen ein Interesse daran haben, an dem Abschluß des Tarifvertrages mitzuwirken, der später durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung für sie ohne weiteres Geltung erhalten wird. Die genannten Organisationen fordern daher alle Arbeitgeber, welche nicht Mitglied der unterzeichneten Allgemeinen Arbeitgeber-Vereinigung sind, auf, sich an den Verhandlungen zu beteiligen.

Auskunft erteilt der Arbeitsbereich der Geschäftsstelle der Allgemeinen Arbeitgeber-Vereinigung für Halle und Umgebung, Halle, Gr. Ulrichstraße 10 II. (Fernsprecher 4109.)

Schwurgericht.

In der am 3. Mai beginnenden Schwurgerichtsperiode kommen zur Verhandlung:

am 3. Mai vorm. 9 Uhr gegen den Gärtner Josef Meinelschmidt wegen versuchten Straßenraubs,

am 4. Mai vorm. 9 Uhr gegen die verehelichte Polier Klara Kehlenbeck geb. Baum wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs,

am 4. Mai vorm. 9 Uhr gegen den Ofensetzergesellen Otto Perchols wegen Landfriedensbruchs,

am 5. Mai vorm. 9 Uhr gegen Klara Lange geb. Kehrer wegen Abtreibung,

am 6. Mai vorm. 9 Uhr gegen den Dreher Otto Henze wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange,

am 7. Mai vorm. 9 Uhr gegen den Bergmann Johann Tomanek, den Tischler Paul Buchholz, den Kunstschlosser Albert Steinhäuser, den Arbeiter Franz Zech wegen Landfriedensbruchs.

* **Eine lehrreiche Statistik.** Die „Post Dispatch" von Saint Louis veröffentlicht eine lehrreiche Aufstellung über die amerikanischen Millionäre. Ihre Zahl hat sich in den Kriegsjahren mehr als verdreifacht. Zuletzt (1918) zählte man 7053 Millionäre in den Vereinigten Staaten. Die Statistik ist nach den Angaben über Einkommen aufgestellt und es ist ganz interessant, zu hören, daß 59,7 Prozent der Nieleneinkommen aus Dividenden stammen, 13,68 Prozent von Kapitalsinteressen. Die arbeitenden Menschen sind in der Klasse der „100 000 Dollar jährlich" dünn gesät, 3 Architekten, 15 Autoren, 1 Lehrer, 9 Versicherungsagenten, 25 Aerzte. Die anderen sind Kapitalisten, Unternehmer, Leute, die von fremder Arbeit leben. Wollte man nur auch in Deutschland eine Statistik dieser Art aufstellen, damit man endlich einmal sehen könnte, wie der Krieg die Reichen befördert hat!

Versteigerung von Fundsachen der Straßenbahn. Die öffentliche Versteigerung der in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober 1919 in der städtischen Straßenbahn gefundenen und nicht abgeholten Stücke findet **am 5. Mai 1920, vormittags 9 Uhr,** in der Wagenhalle, Berliner Straße 1, statt.

Für Sprachleidende. Das Dr. Schrabetsche Spezialinstitut aus Berlin hat soeben seine ersten hiesigen Kurse mit bestem Erfolg beendet und veranstaltet, wie aus der gestrigen Anzeige ersichtlich, hier einen nochmaligen letzten Kursus, zu welchem weitere Anmeldungen bis Ende dieser Woche, täglich nachm. 3 bis 4 Uhr, in der Kleinen Klausstr. 11, II. entgegengenommen werden. Anerkennungen der bisher Behandelten, welche in kurzer Zeit eine fließende Sprache wieder erhielten, liegen in den Sprechstunden zur Einsicht aus. Bei der außerordentlichen Bedeutung einer gelunden Sprache für das Fortkommen der Kinder in der Schule, für die Erwachsenen in jeder Lebenslage, liegt der Nutzen einer erfolgversprechenden Heilbehandlung für alle Sprachleidenden auf der Hand. (Vergl. die Anzeige in der gestrigen Ausgabe.)

Provinz und Umgegend.

Bessere Eisenbahnverbindung im Landkreis Merseburg—Querfurt

Das Landratsamt schreibt uns: Der neue Eisenbahnfahrplan der am 1. Juni in Kraft tritt, wird gegenüber dem alten Fahrplan aller Voraussicht nach einige erhebliche Verbesserungen für den Kreis Querfurt aufweisen. So wird auf der Strecke Artern—Naumburg nachmittags ein Zuspaar eingelegt. Desgleichen wird auf der Strecke Oberröblingen—Bitterfeld ein drittes Zuspaar verkehren, so daß die Kreisstadt wieder bessere Verbindung sowohl in der Richtung Bitterfeld—Naumburg wie auch in der Richtung Bitterfeld—Artern haben wird. Das bedeutet gegenüber dem jetzigen äußerst unzulänglichen Zustande bessere Verkehrsmöglichkeiten zwischen den südlichen und westlichen Teilen des Kreises und der Kreisstadt. Weitere notwendige Verbesserungen können erst später eintreten, wenn namentlich der Mangel an Lokomotiven weniger groß sein wird, als es zurzeit noch der Fall ist. Mit Rücksicht auf die schwierigen Betriebsverhältnisse bei der Eisenbahnverwaltung ist es jedenfalls mit Freuden zu begrüßen, daß schon jetzt eine wesentliche Verbesserung des Fahrplanes gelungen ist.

Zum 1. Mai ist das Landratsamt, die Kreiskommunal- und Kreissparkasse des Saalkreises geschlossen.

In Halle wurde ein Provinzialverband der Gemeindeoberbeamten gegründet, der für die Selbstverwaltung und Interessen der Landgemeinden wirksam eintreten soll. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Berthold-Diemitz gewählt.

Reideburg. Erfaßte Schiebereware. In der gestrigen Nacht wurden hier sechs Zentner Wurst und Fleisch beschlagnahmt, die der Allgemeinheit entzogen werden sollten. Der Landrat des Saalkreises hat angeordnet, daß die beschlagnahmten Waren im Amtsbezirk verteilt werden sollen. Auch in Zurloff sollen alle beschlagnahmten Lebensmittel dem Amtsbezirk, in dem sie gefunden wurden, überwiesen werden.

Barnstedt. Maifeier. Zur Feier des 1. Mai veranstaltet der hiesige Ortsverein der S. P. D. eine Festveranstaltung, bestehend aus Unterhaltungsvorträgen aller Art und sonstigen Darbietungen. Genosse Weber wird die Festrede halten.

Roßbach. Wählerversammlung. Am Freitag, den 23. April, fand hier die erste öffentliche Wählerversammlung statt, in der Genosse Stv. Vieck-Weißenfels über „Die Sozialdemokraten in der Revolution und die kommenden Wahlen" sprach. Die ziemlich zahlreich erschienenen Zuhörer lauschten aufmerksam der Ausführungen des Referenten, die einen Rechenschaftsbericht über unsere bisherige Politik seit dem Tage des Waffenstillstandsabschlusses bis zum Kapp-Putsch darstellten. Er

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200429-16/fragment/page=0005

daß keine Freude über das Vorgehen der beiden sozialdemokratischen Parteien, die bisherige Schärfe im Bruderkampfe schließlich nach rechts auszuweben dann besonders Ausdruck und zeichnete dies als ein gutes Zeichen für den Ausgang der Wahlen. Nach Beendigung der Wahlen müssen die sozialistischen Parteien sofort an die Werberbildung der in der Arbeiterschaft schlummernden Kräfte gehen, um der bürgerlichen Gesellschaft den Vorwand zu nehmen, daß die Arbeiter und Angestellten nicht fähig seien, die Regierungsgeschäfte im Reich und Staat und Gemeinde zu übernehmen. Dasselbe trifft auch für die Betriebsräte zu, ganz besonders in den für die Sozialisierung reifen Betrieben. Mit einem warmen Appell, nicht die Feuerwehr, sondern nur die Waffe des Geistes, mit der allein die Arbeiterschaft alle bisherigen Verbesserungen erkämpft, zu benutzen und mit der Aufforderung, daß bei den kommenden Wahlen jeder Einzelne seine Pflicht erfüllen müsse, um der Liste Krüner zum Sieg zu verhelfen, schloß er unter Beifall seinen Vortrag. In der Diskussion sprach ein Herr Brattke, der für sich in Anspruch nahm, der U. S. P. anzugehören. Beim besten Willen war es einfach nicht möglich, dahinterzukommen, was er eigentlich wollte. Ein paar hasse Schimpfnamen und ein Schimpfen auf alle Führer sollen wahrscheinlich den Wert seiner Wortmeldung zeigen. Da Gen. Bien ihm keinerlei Stoff zu Angriffen gegeben hatte, war es ihm sehr leicht, dem Diskussionsredner zu antworten. Er bedauerte, daß seine Ausführungen unserer Partei keinen Schaden anrichten könnte, wohl aber der U. S. P. einen sehr schlechten Dienst erweisen. Er schloß mit einem kräftigen Appell für den Wahlverein neue Mitglieder für die Volksstimme neue Leser zu gewinnen und für den Wahlfonds recht eifrig zu sammeln. Mit der Mahnung, das Gehörte recht zu beherzigen, wurde vom Vorsitzenden die Versammlung geschlossen.

Artern. Die rätselhaften Todesfälle. Ueber die rätselhaften Todesfälle, die hier eingetreten sind, ist jetzt Klarheit geschaffen worden. Durch Oeffnen eines so schnell Dahingerafften wurde als Todesursache Milzbrand festgestellt. Die Ansteckung erfolgte durch Genuß des Fleisches eines Ochsen, der bei der vorschriftsmäßigen Untersuchung freigegeben worden sein soll. Nun hat es sich auf diese furchtbare Weise herausgestellt, daß das Tier mitkrank war. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest. Die Leichen haben sich in unter Zeit schwarz gefärbt.

Grüfenhainichen. Oeffentliche Versammlung. Am 24. d. M. fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der Gen. Prof. Waentig über „Deutschlands Schicksalsstunde" sprach. Leider ließ der Besuch der Versammlung zu wünschen übrig, was jedenfalls zurückzuführen ist auf die Erhebung eines Eintrittsgeldes, die hier zum ersten mal durchgeführt und dessen Notwendigkeit noch immer nicht anerkannt wird. In präzisen Ausführungen entledigte sich der Redner seiner Aufgabe, und der Beifall am Schluß seiner Rede bewies daß er beim größeren Teile der Anwesenden Anklang gefunden hatte. Auf die Wiedergabe des Referats kann verzichtet werden, da dasselbe bereits im Bericht über die Hallesche Versammlung Berücksichtigung gefunden hat. An der anschließenden Diskussion kam als erster Redner im Vertreter der Unabhängigen, Lehrer Arndt, zum Wort, der die Regierungsmaßnahmen und die Tätigkeit der Führer der Mehrheitssozialdemokratie kritisierte, dabei betonend, daß eine Einigung nur nach Entfernung der letzteren möglich sei. Nach diesem sprach ein Kommunist, auf dessen Ausführungen im Interesse der Papiersparnis verzichtet werden kann. In seiner Entgegnung und Schlußwort eines der Referent auf die erhobenen Einwürfe ein und betonte, daß er als Volkswirtschaftler eine Gesundung und Besserung der Verhältnisse nur in planmäßiger Arbeit auf demokratischer Grundlage, aber nicht in Diktatur und Räterstaat, erblicken könne. Unbedingt notwendig sei die Einigung der sozialistischen Parteien, damit die Regierung auf eine feste Grundlage gestellt werden könne und Putsche für die Zukunft unmöglich gemacht würden.

Nöthen. Verlorene reaktionäre Liebesmüh. Die „Deutschnationalen" gehen jetzt auch überall unter den Landarbeitern kreßen und versuchen dort mit Hilfe ihres nationalistischen Leimes Gimpel zu fangen. In einem Dorf der Umgegend, in Nuts sprach einer der schwarzweißroten Agitatoren im „wissenschaftlichen" Sinne über die Politik und suchte die Geschäftsführer unserer Zeit durch Ausführungen über das Verreinigtsein um zu orientieren. Er behauptete, das deutsche Volk nehme jetzt zu wenig Phosphor in sich auf, sei deshalb nervenkrank (!) und neige daher zu immer weiteren Putschen (!). In der Diskussion zeigte der Gen. Specht den Landarbeitern klar und deutlich, wie der Hohenzollerstaat der „deutschnationalen" Repräsentant vom politischen Standpunkt aus zu betrachten sei und erntete damit den ungeteilten Beifall aller Anwesenden. Als dann ein Kommunist auf rat und besonders stark mit Schlagworten um sich warf, wurde ihm unter allgemeinen Tumult das Wort entzogen und die Versammlung geschlossen. Gen. Specht eröffnete sofort eine zweite Versammlung, in der dann die Diskussion ungestört zu Ende geführt werden konnte. Der „deutschnationale" Anhang des Agitators Zeitschel aus Delitzsch, ein halbes Bäckerdutzend hatte während dem still und ließ das Lokal verlassen. Nach einer Ehrung der durch die reaktionären Kappmachenschaften gefallenen Kämpfer wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Sozialismus geschlossen. So kam es, daß eine „deutschnationale" Versammlung als eine sozialdemokratische abschlossen wurde. Alles in allem eine gerade Niederlage der Landarbeiterschaft für die Sozialistenpresse im Junkerlichte.

Halberstadt. Unglücksfälle. In der Nacht zum Sonntag hat sich der 20jährige Arbeiter Dröschler im Kasino „Präsident" aus Bi beraten in den Kopf geschossen. Der Tod trat auf dem Wege zum Krankenhaus ein. — Von dem Vienenburger Personenzug wurde der Weichensteller Hermann Hohmann zwischen der Wehrstedter Kurve erfaßt, überfahren und getötet. Sein Vorgänger ist auf dieselbe Weise ums Leben gekommen.

Sangerhausen. Deutschnationale Reinwaschungsversuche. Unsere Deutschnationalen sind doch wirkliche Gemütsmenschen. Alle Schuld, die sie infolge ihrer „nationalen" Politik auf sich geladen haben, wälzen sie einfach auf die ††† Sozialdemokraten. Wenn dabei auch die Wahrheit leidet, was schadet das, die kritiklose Masse des Bürgertums kriecht doch auf den Leim, und der deutschnationale Weizen blüht! So haben die edlen Geistesstruppen des preuß. Junkertums hier in Kreise Sangerhausen in der Nr. 90 der Sangerhauser Zeitung vom Freitag, den 23. April, in einem Inserat auf unserem Genossen, den 1. Bürgermeister Gründlich herum, um an ihm die Abfuhr ihrer Gesinnungsgenossen Spanien zu rächen. Hierzu wird, wie sicher anzunehmen ist, Gen. Gründlich selbst Stellung nehmen und wir wollen deshalb das Inserat nur so weit unter die Lupe nehmen, als es von allgemein politischem Interesse ist. Die Deutschnationale Volkspartei im Kreise S. schreibt: „Die Rechtsstehenden haben den Boden der Reichsverfassung nicht verlassen, auch nicht diejenigen Kreise, die ausdrücklich auf dem Boden der Verfassung gegründet waren." Wir fragen: Haben die Deutschnationalen schon jemals auf dem Boden der Verfassung gestanden? Diese Frage stellen heißt sie verneinen, denn in der Nationalversammlung haben die deutschnationalen Abgeordneten die deutsche Reichsverfassung abgelehnt. Weiter aber haben die Deutschnationalen niemals ein Hehl daraus gemacht, daß sie allen Ernstes bestrebt sind, die Verfassung wieder zu beseitigen. Auch ihr neuester Wahlaufruf spricht klipp und klar aus, daß sie an Stelle der Republik wieder die Monarchie zu setzen gedenken. Schließlich spricht der Kapp-Putsch Bände dafür, daß die Deutschnationalen die Verfassung kürzen wollten: die Kappe und Lüttwitze hängen an den Rockschößen der Deutschnationalen und die Denkungsart der einen ist die der anderen, desgleichen beider Ziele. Die Deutschnationalen konnten den Boden der Verfassung nicht verlassen, da sie noch nie darauf gestanden haben. Und die Einwohnerwehr! Beweist die Erklärung der verfassungen und verdutzten Kreisrates Rochlitz in der Sangerhäuser Zeitung während der Streikzeit nicht, daß diese Wehr etwas ganz anderes sein sollte, als ein Schutz der Verfassung! Und auch Rochlitz ist einer, der zur Deutschnationalen Volkspartei gehört. Zu bemerken sei hier noch, daß auch der verstorbene Landrat v. Spankeren ganz im dem Sinne der Deutschnationalen und des Rochlitz die Wehr als ein Instrument betrachtete, die Verfassung nicht zu schützen. Die stärkeren Verfassungsfeinde haben die Herrschaften daran gehindert. Weiter schreiben die Deutschnationalen in der angezogenen Nummer: „Die Fraktion des bäuerlichen Wahlverbandes (D. Nat.) der Stadtverordnetenversammlung in Sangerhausen hat am 14. März d. J. zusammen mit den übrigen Fraktionen Schutzmaßnahmen beraten und beschlossen" Angegeben, auch die Deutschnationalen haben diesen Schutzmaßnahmen zugestimmt; aber es blieb ihnen gar nichts anderes übrig; denn im anderen Falle hätte sie der Volkswille einfach hinweggefegt. Es wäre so auch nicht gewesen, wenn man vorsätzlich sein Ziel verraten hätte. Wir hätten aber einmal die Deutschnationalen sehen sollen, wenn der Kapp-Putsch gelungen wäre, in sollen Haufen wären sie zu Kapp gelaufen und hätten Reichsverfassung Reichsverfassung sein lassen. (Die deutschnationale Hall. Z. hatte am Montag den 15. März den Kappisten bereits Glück und Segen gewünscht.) Wir halten die Augen auf und wußten, daß die Zustimmung am 14. März nur ein Akt der Not war. Ganz anders stellten sie sich an den Orten, wo sie nicht zu heucheln brauchten. Besonders die deutschnationalen Beamten in höheren Stellungen insbesondere auf, als die Nachricht der bekannenen Kapriolde nach hier gedrungen war und sprachen unumwunden aus, daß sie zu Kapp stehen würden. Uns ist auch bekannt, daß eine solche Größe vor seinen Untergebenen fast einen Freudentanz aufführte und davon sprach, daß man dem Kapp beistehen müsse. Natürlich, als der Kapp Nummel zu Ende war, stand man mit beiden Füßen auf dem Boden der Verfassung und hatte nie anders gestanden. Wenn doch solche Leute die Konsequenzen ziehen wollten, und da sie ehrlich der Republik nicht dienen können, einfach gehen wollten. Ihnen würden Kiloz keine Tränen nachgeweint. Ein weiterer Beweis für uns wir, daß die rechtsstehenden Kreise mit Kapp prompt sympathisierten, daß sie, als Kapp noch auf der Höhe stand, den Kappisten der Kapp-Truppen herbeiwünschten. Sagte doch offen einer dieser Helden, daß die Kapp-Truppen aus Naumburg im Anzuge seien, die dann schon mit den Verfassungstreuen aufräumen würden. Ein Lehrer unter diesen würde sicher an die Wand gestellt, das sei schon ausgemacht Sache. Diese kleine Blütenlese möge genügen. Sie sollen eine weiten daß die Deutschnationalen auch Gesichter hatten. — Sodann erzählt sich in dem Inserat die Deutschnationale Volkspartei darüber, daß über den 18. März hinaus noch

Genossinnen und Genossen

vergeßt nicht die

Sammlung

für den Reichstagswahlfonds

Kampfonds-Marken u. Sammel-Listen sind im Parteisekretariat, Harz 42—44, Zimmer 12, zu jeder Zeit zu haben.

weiter „Krieg geführt worden sei". Es ist köstlich zu lesen, daß dafür der Aktionsausschuß und die Streikleitung verantwortlich zu machen sei. Nach bekannten Mustern sucht man auch hier die Schuld auf andere zu schieben. Wie schon gesagt, die Deutschnationalen sind eben Gemütsmenschen. Ihre Schuld ist nicht ihre Schuld. Jedes Kind weiß, daß man über den 18. März hinaus streikte, weil keine sichere Nachricht von der Abwehr des Putsches eingelaufen war. So konnte das Telegramm vom 17. März von der Reichsregierung leicht eine Kapsche Fälschung sein, wie in Kapp, der Extremerte, genug Schwindeltelegramme in die Welt geschickt hatte. Es ist nicht zu verstehen, wie die Deutschnationalen uns hätten zumuten können, wir hätten mit voller Gewißheit den Streik unsere Kaumrafie der Abwehr abbrechen sollen. — Natürlich bringt die Deutschnationale Partei am Schluß ihres Erzusses noch eine Lanze für den abgelaufenen Landrat, der nach ihrer Ansicht zu anderen Maßnahmen unter keinen Umständen Ja und Amen hätte sagen dürfen. Im übrigen liest man zwischen den Zeilen daß der Landrat sonst alles getan habe, um die Reichsregierung und Verfassung zu schützen. In Wirklichkeit hat der Landrat gar nichts getan, um die Regierung zu schützen. Uns Sozialdemokraten hat er es aber sehr schwer gemacht, das Rettungswerk auszuführen. Was sagt nun die Deutschnationale Volkspartei, wenn wir noch verraten, daß uns seit Ende Februar bekannt war, daß in einer Geheimsitzung des Akademiker- und Offizierbundes, mit dem der Landrat während des Putsches nur einzig und allein arbeitete, mitgeteilt wurde, daß ein Putsch in Vorbereitung sei; dabei ist es vollständig gleichgültig, ob der Name Kapp genannt worden ist oder nicht. Warum sind die Herren nicht damals schon auseinander und haben sich schützend vor die Verfassung gestellt. Unserem Volke wäre viel Elend, Blut und wirtschaftliche Verluste erspart geblieben. Aber so sehr die Treue der Deutschnationalen aus. Wenn wir nun am Schlusse noch darauf hinweisen, daß der reaktionäre Herr u. Sangerhausen seinen Sitz unter den Akademikern hat, zumal unter den Lehrern des Gymnasiums, so wird uns die Deutschnationale Volkspartei nicht übel nehmen, wenn wir den Herren raten, mehr Herrstoff zu behandeln und allzeitiges Phrasendreschen vor den Schülern zu lassen. Auch die Lehrer des Gymnasiums haben den Eid auf die Verfassung geleistet und wer ihn nicht halten kann, mag gehen. Treue der Republik halten, heißt Treue dem Vaterlande halten und unserem Volke.

Cöthen. Ein moderner Gaunertrick. Was für Unfug besonders auf dem Lande mit dem Vopans der „Roten Armee" getrieben wird, zeigt eine Meldung aus dem Dorfe Beichlingen. Dort wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zwischen 2 und 4 Uhr der Ortsschulze von einem Fremden geweckt, der von ihm mit vorgehaltenen Revolver 2000 Mark und Lebensmittel für 200 Mann der roten Armee (!), die in der Nähe lagern sollten, forderte. Als der Schwindler mit seiner Drohung nicht durchdrang, verlangte er einen Gutschein über 2000 M. auf die Steuerbehörde. Auch hiermit wurde er abgewiesen. Dagegen gelang es ihm, bei verschiedenen Besitzern Beträge zwischen 200 und 500 Mark zu erpressen.

Rudla. Das Ende der Kleinstgaterei und die Kommunen. Nachdem nun der Staat Thüringen gegründet ist wird auch die Vereinigung der beiden Städte Rudla zu einem Orte nahe bevorstehen. Es wird sich nun nicht darum handeln, ob Rudla zu Weimar oder Gotha angeteilt werden soll, sondern die Bevölkerung wird durch Abstimmung sich entscheiden müssen, ob Rudla zum Bezirk Eisenach oder Waltershausen gehören will. Die Schule ist dieser Vereinigung zuvorgekommen, indem mit Schulbeginn nach Ostern die beiden hiesigen Volksschulen und die Privatrealschule zu einer Einheitsschule vereinigt wurden. Allerdings ist der Vertrag durch diese Schule durch Weimar noch nicht unterzeichnet, es hebt dies jedoch nahe hervor.

Wolmirstedt. Zum Landrat ernannt wurde der bisher kommissarisch tätige Genosse Böttger, und zwar mit Wirkung vom 1. April an.

Magdeburg. Vom Straßenbahnerstreik. Unser Magdeburger Parteiblatt schreibt: Seit elf Tagen ist Magdeburg ohne Straßenbahn. Bis jetzt hat er nichts weiter gezeitigt, als eine bedeutende Erhöhung der Fahrpreise, die bei der Wiederaufnahme des Betriebes in Kraft treten. Es wird jetzt aber bestimmt notwendig, daß dem unleidlichen Zustand, daß eine Industriestadt wie Magdeburg ohne Verkehrsmittel ist, ein Ende bereitet wird. Wenn die heute die Masse der Arbeiter, Angestellten und Kriegsbeschädigten die Leichnerden auf sich nehmen, so deshalb, weil der Streik der Straßenbahner um berechtigte Lohnforderungen geht. Durch die bedeutende Tariferhöhung der Fahrpreise ist die Straßenbahndirektion in die Lage versetzt, den Verlangen Rechnung zu tragen und für die Beendigung des Streikes zu sorgen.

Gewerkschaftliches.

18. Verbandstag der Schuhmacher.

Der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands hält vom 25. April an in Nürnberg seinen 18. ordentlichen Verbandstag ab.

Vor Kriegsausbruch zählte der Verband (Ende 1913) 44 363 Mitglieder, diese Zahl sank bei Beginn des Krieges auf 22 478. 1918 waren es 38 035 Mitglieder, darunter 17 733 Frauen. Heute kann der Verband sich rühmen, durch tatkräftige Arbeit nahe an die 100 000 herangekommen zu sein. Ganz gewaltig ist die Steigerung in der Berichtsperiode. Bei deren Beginn hatte der Verband 17 608 Mitglieder, am Jahresschluß 1919 waren es 93 557 Mitglieder. In den beiden Jahren 1918/19 hat sich also die Mitgliederzahl um 75 949 erhöht. Bald die Hälfte der Mitglieder, nämlich 39 261, sind Frauen. Das ist ein Zeichen der Zeit. Die Aufhebung der politischen Entrechtung der Frau hat auch deren Sinn für den Zusammenschluß in den Gewerkschaftsorganisationen gefördert.

Die Finanzen des Verbandes haben mit dem Aufschwung Schritt gehalten. Das Verbandsvermögen betrug Ende 1919 2 362 149 Mark gegenüber 933 214 Mk. am Schlusse der vorhergehenden Geschäftsperiode. Es hat sich demnach in der Berichtszeit um fast 1½ Million vermehrt. Der Verband steht auch in der Zukunft vor gewaltigen Aufgaben, sodaß der Verbandstag, um die Schlagkraft zu wahren, sich mit der Beitragserhöhung beschäftigen muß. Dieser Beratungspunkt wird einen sehr breiten Raum in den Verhandlungen einnehmen.

Im Vordergrund der Lohnbewegungen im Jahre 1918 stand der Abschluß eines Reichstarifvertrages für die Schuhfabrikation. Im übrigen sind auch eine größere Anzahl von Bewegungen zur Durchführung von Teuerungszulagen notwendig gewesen. Ende 1916 bestanden in der Schuhmacherei 65 Tarifverträge für 3259 Betriebe mit 76 021 Personen, wovon 38 035 dem Verbande angehörten. Im Jahre 1919 setzte im Schuhmachergewerbe eine ganz lebhafte Bewegung für Neuabschlüsse von Lohntarifen ein; bis Ende 1919 wurde dem Vorstand das Zustandekommen von ca. 150 neuen Verträgen gemeldet.

Der Verband versuchte auch während der Berichtszeit die internationalen Beziehungen zu pflegen. Bis zum Schlusse des Krieges gelang dieses nur mit Oestreich-Ungarn und den neutralen Ländern. Nach Beendigung des Krieges hat am 1. September 1919 bereits ein internationaler Kongreß in Zürich stattgefunden, an dem auch Vertreter von Frankreich und Belgien teilnahmen.

Einen scharfen Kampf führte der Verband gegen Aufhebung der Lederzwangswirtschaft. Leider mit negativem Erfolg. Bekanntlich wurde am 15. August v. J. in der Nationalversammlung gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen die Zwangswirtschaft für Leder aufgehoben. Was sich daraus ergab, ist den leidtragenden Konsumenten klar geworden. Es setzte sofort eine außerordentliche Preissteigerung ein, der eine gewaltige Erhöhung der Schuhpreise folgte.

Die Zahlstellen Berlin, Pirmasens und Nürnberg nehmen Stellung gegen die Arbeitsgemeinschaft und verlangen Austritt aus derselben. Die Abschaffung der Akkordarbeit verlangen mehrere Filialen. Andere Anträge nehmen Stellung gegen den auf dem vorjährigen Gewerkschaftskongreß gefaßten Neutralitätsbeschluß der Gewerkschaften und verlangen dessen Aufhebung. Die Zahlstelle Berlin beantragt ferner, daß der Verband für das Räteinstem eintritt. Dem Bestreben nach Schaffung großer Industrieverbände tragen verschiedene Anträge Rechnung. Während einzelne nur die Verschmelzung der Berufe der Lederindustrie verlangen, will ein anderer Antrag die Vereinigung der gesamten Bekleidungsindustrie zu einem einzigen großen Bekleidungsindustriearbeiterverband.

Wir werden über die Verhandlungen zusammenfassend berichten.

Versammlungs-Kalender

Delitzsch. Sozialdemokratischer Verein. Freitag, den 30. April, abends 8 Uhr, findet im „Deutschen Hause eine Sitzung des Festausschusses und der Wahlkommission statt. Voll zahliges Erscheinen ist nötig. Der Vorstand.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzberg, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Männer — schützt Euch durch

Viro vor geschlechtlicher Ansteckung. Schachtel für 6 mal. Gebrauch 2.50 Mk. Verkaufs- und Versandstelle: C. Klappenbach, Gummiwaren, Halle S., Gr. Ulrichstr. 41. Fernr. 6545

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

betr. Kohlenversorgung für gewerbliche Verbraucher von mehr als 10 Tonnen im Monat.

Gewerbliche Betriebe, die mehr als 10 Tonnen Kohlen monatlich verbrauchen, haben ihren Bedarf für den Monat Mai umgehend anzumelden und zwar unter Verwendung der vorschriftsmäßigen Meldekarten, die für die im Stadtkreis Halle wohnhaften Verbraucher im Zimmer 1 der Ortskohlenstelle vormittags von 9 bis 1½ Uhr abgeholt werden können.

Der Preis beträgt für ein Heft mit vier Karten 0.50 Mark für Einzelkarte 0.10 Mark.

Halle, den 27. April 1920. Die Ortskohlenstelle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200429-16/fragment/page=0006

Wahlbeiblatt der Volksstimme

Nr. 100 | Halle, Donnerstag, den 29. April 1920. | 4. Jahrgang.

Dieses Blatt ist den unserer Parteiorganisation und Presse noch Fernstehenden gewidmet. Sie zu Mitgliedern und Lesern dafür sowie als Wähler der Sozialdemokratischen Partei zu gewinnen, muß Aufgabe unserer Genossinnen, Genossen und Freunde sein. Wir bitten deshalb dringend, das Wahlbeiblatt nach dem Lesen an Fr- und Hausnachbarn, im Betrieb, Kontor und Werkstatt weiterzugeben und für Übermittelung der Beitrittserklärungen und Bestellzettel an unsere zuständigen Adressen zu sorgen.

Der Aufmarsch der Parteien.

Von Dr. Werner Peiser.

Die ganz und gähe und doch so hartnäckige Ansicht, daß man zur Erkennung der Schusterei wenigstens einige Jahre bedürfe, dagegen der Sozialismus so einfältig sei, daß man darüber ohne weitere Lehrzeit urteilen dürfe — diese Ansicht zu bekämpfen, gehört ganz entschieden zu meinem Thema. Dietzgen.

Die Politik der letzten paar Wochen brachte allerhand Dinge mit sich, die zwar kaum unter die Rubrik „Hohe Politik" eingetragen zu werden verdienen, die aber doch beachtet werden müssen, weil sie Schlaglichter auf unsere gegenwärtigen Verhältnisse werfen und zur besseren Erkenntnis der Probleme unserer Zeit und ihrer Zusammenhänge dienen. Ein hoher Gerichtshof hatte die Kühnheit, einen wirklichen, echten Hohenzollernprinzen, nicht etwa irgend einen Märchenprinzen oder Prinzen im Hochstablergewande, zu einer Geldstrafe zu verurteilen, die dem Prinz sicher den Begriff des Leidens in seiner ganzen Tiefe klar gemacht hat. Wir würden uns nicht wundern, wenn die königliche Hoheit nach diesen üblen Erfahrungen an jeder menschlichen und göttlichen Gerechtigkeit zweifelte begänne und aus Protest gegen seine harten Richter Republikaner würde. Sollte er allerdings beabsichtigen, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, so hätten wir doch hiergegen allerlei einzuwenden. —

Doch die Sache hat ihre sehr ernste Seite. Sie zeigt, daß auch heute noch die Republik nicht die Achtung genießt, die sie unter allen Umständen besitzen muß, will sie nicht ihre eigene Ohnmacht gestehen. Sie zeigt darüber hinaus, daß das Kapital von der Klassenjustiz trotz aller hochtönenden Erklärungen von richterlicher Seite durchaus noch nicht abgeschlossen ist, und sie zeigt endlich, daß die Sozialdemokratie mit einer Kraft und Aktivität in den Wahlkampf eintreten muß, die ihr die konsequente Verfolgung ihrer Ziele im kommenden Reichstag erst sichern kann.

Fast all: großen Parteien aller Lager haben in der letzten Woche ihre Wahlaufrufe erlassen, Wahlaufrufe, die programmatischen und grundsätzlichen Charakter tragen. Es kann nicht behauptet werden, daß irgend einer dieser Aufrufe sich durch eine besonders zündende Idee oder hinreißende Kraft oder Gewalt der Ueberzeugung besonders auszeichnete. Im großen und ganzen schlagen die Parteien die bewährten Wege ein, die, wie das bei bewährten Wegen mitunter vorkommen soll, ein wenig ausgetreten erscheinen.

In dem Reigen der Wahlprogrammatiker durften die Deutschnationalen nicht fehlen. Ihr Aufruf beweist, daß sie nichts gelernt und wenig vergessen haben. Soweit es sich übrigens um das Kapital „Vergeßlichkeit" handelt, muß allerdings ihrem Vergeßlichkeitsvermögen hinsichtlich der Erinnerung an den Kapp-Putsch ein außerordentlich gutes Zeugnis ausgestellt werden. Ihre Logik dieser Angelegenheit gegenüber ist etwa die folgende: Erstens gab es gar keinen Putsch, wenn es aber einen gab, waren wir nicht an ihm beteiligt, und wenn Führer von uns doch an ihm beteiligt waren, so — sind das eben nicht unsere Führer. Zwingend, folgerichtig — deutschnational. Partei der Füchse. Im übrigen sind sie für Wiederaufrichtung des von den Hohenzollern aufgerichteten deutschen Kaisertums, geben damit also unter der Blume zu verstehen, daß sie sich auch mit einem anderen Herrn eventuell abfinden ließen, der nicht aus dem erlauchten Hause der Hohenzollern stammt, wenn er nur von Gottes und Junkers Gnaden ist.

In der alten konservativen Partei gab es Persönlichkeiten, die sich mutig allen Angriffen aussetzten. Neuerungen wurden bewußt abgelehnt, und dem anstürmenden Volk eine Mauer eisernen Widerstandes entgegengesetzt. Das ist heute bewußt anders geworden. Die Durchmauerung der Deutschnationalen zum allgemeinen Wahlrecht für beide Geschlechter beruht nicht auf einer ehrlichen inneren Wandlung, sondern sie ist eine höchst widerwärtige und leicht zu durchschauende Konzession an die Volksmassen, die sie heute mehr verachten und mit unwürdigeren Mitteln bekämpfen als je. Die Durchmauerung ist Aenderung des Firmenschildes, herbeigeführt von der gleichen Charakterlosigkeit, welche die Deutschnationalen bei der großen „Umwertung aller Werte" im November 1918 ihren alten Namen „Konservative Partei" wie ein schmutziges Kleid ablegen ließ. Daß der Antisemitismus eine breit re Rolle spielt als bisher, ist bei dem neuen Gist, der die Partei durchweht — wenn man bei den Konservativen von heute überhaupt noch von Geist sprechen kann — kein Wunder.

Es gewinnt den Anschein, als erlebe das Zentrum zurzeit eine Krise, wie sie auf die Dauer keiner größeren Partei erspart bleibt. Diese Partei der katholischen Christen in Deutschland hatte von jeher einen rechten und einen linken Flügel, die sich aber meist recht gut miteinander vertrugen und in den wesentlichen Fragen gemeinsam vorgingen. Der breitere Einfluß, den im Laufe der Zeit die Arbeiterschaft auf alle politischen Parteien gewann, stärkt den linken Flügel des Zentrums und verlieh seinen Arbeiterführern ein Uebergewicht über die in vornehmer Isolierung sich zurückhaltenden Zentrumsaristokraten. Diese hielten in der letzten Woche ihre Zeit für gekommen, und der Aufruf eines vorläufigen Vorstandes erließ eine Mahnung zur Bildung eines Rechtsblocks des Zentrums, ein Wunsch, der von der „Germania", dem Berliner Zentrumsorgan, energisch abgelehnt und vor dessen Durchführung auf das Nachdrücklichste gewarnt wurde. Es bleibt abzuwarten, ob der rechte Zentrumsflügel auf die Dauer bedeutenden Einfluß auf die Haltung des Zentrums ausüben und damit zu einer Gefahr für die Koalitionspolitik werden wird. Ueber diese Frage wird noch zu sprechen sein. Die Grundsätze des Zentrums zu dem kommenden Wahlkampf sind im übrigen nicht wesentlich anders als die früheren, nur bekennt es sich ausdrücklich zur demokratisch-republikanischen Staatsform und zeigt auch hier einen größeren Einfluß seiner Arbeitervertreter.

Daß das Zusammengehen mit den Demokraten wohl eine taktische Notwendigkeit, keineswegs aber ein freudig begrüßtes Ereignis für die Sozialdemokratie ist, zeigt das Wahlprogramm, das die deutsch-demokratische Partei dieser Tage erließ. Ihre Behauptung, die Sozialdemokratie erstrebe eine neue Klassenherrschaft, beweist ein so mangelndes Verständnis für die Prinzipien und Ideale des Sozialismus, oder aber, sollte das Verständnis vorhanden sein, eine so bodenlose Demagogie, daß man den Herren von der demokratischen Partei nur mit aller Kühl- und Bedenklichkeit gegenübertreten kann. Desgleichen zeugt ihr Festhalten an monchesterlichen Lehren von einer so geringen ökonomischen Einsicht, daß auch hier unsere Wege nach zwei entgegengesetzten Himmelsrichtungen auseinandergehen.

Als Kuriosum erwähnt sei schließlich, daß auch die K. P. D. — nicht zu verwechseln mit der antiparlamentarischen K. A. P. D. — mit Löwenmut nunmehr für die Beteiligung an demselben Parlamentarismus wirbt, den sie mit Handgranat und lokalen Rätediktaturen zu vernichten suchte.

Demgegenüber ist der Weg der Sozialdemokratie einfach, gradlinig, klar umrissen. Unsere Ideale sind die gleichen geblieben, von unserem Programm haben wir nichts zu streichen, einiges hinzuzusetzen. Wir haben in den breiten Massen des Volkes Aufklärung über Wesen und Bedeutung des Sozialismus im Sinne des an der Spitze dieser Zeilen stehenden Dietzgenschen Wortes zu leisten. Durch kein Feldgeschrei dürfen wir uns auf unserem Wege irren lassen. Der Feind steht rechts. Das ist die Parole. Nach ihr gilt es zu handeln.

Die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei:

1. Gen. Richard Krüger, Merseburg, Zivilkommissar für den Regierungsbezirk Merseburg.
2. „ Dr Heinrich Waentig, Halle, Professor der Nationalökonomie.
3. „ Gustav Wiegand, Wittenberg, Maschinenbauer.
4. „ Hermann Kunzemann, Halle, Eisenbahnoberassistent.
5. „ August Winkler, Naumburg a. S., Schriftsetzer und Vertreter der Kriegsbeschädigten.
6. Frau Else Scheibenhuber, Berlin.
7. Gen. Alfred Strauß, Eisleben, Schriftsetzer.
8. „ Emil Wasnick, Halle, Oberpostschaffner.
9. „ Otto Dietrich, Falkenberg, Amtsvorsteher.
10. „ Oskar Troll, Sangerhausen, Lehrer.
11. „ Max Wiealepp, Weißenfels, Kassierer.

Für die Reichsliste der Genosse Reinhold Drescher, Halle.

Alle Wahlkomitees, alle Unterbezirke

werden aufgefordert ihre Adresse und ihre Telephonnummer an den Gen. **Drescher, Bezirkssekretär, Halle, Harz 42/44,** einzusenden.

Der Bezirksvorstand.

Material für den Wahlkampf.

Ludendorff über das alte Regime.

„Der Weg, den unsere innere Entwicklung gegangen war, hatte nicht Raum zu Entfaltung von Persönlichkeiten gegeben. Es war ganz auffallend, wie der Offizierstand, dessen Mitglieder als die gebundsten angesehen wurden, entschlußfreudige Charaktere großgezogen, dagegen die Beamtenlaufbahn das in so ausgesprochenen Maße leider nicht vermocht hatte.

Führende Männer des öffentlichen Lebens hielten sich abseits und gingen ihrem Berufe nach. Vielleicht waren im Reichstage ausgesprochene Persönlichkeiten vorhanden, die die Geschicke des Landes leiten konnten. Bei dem herrschenden Parteiwesen war es ausgeschlossen, daß sie hervortraten. Wir waren arm an Männern. Neue schöpferische Köpfe hatte unser politisches

Auftakt zum Wahlkampf im Unterbezirk I.

Den Beschlüssen der Unterkonferenz nachkommend, hat der Wahlkampf zur Reichstagswahl im Unterbezirk eingesetzt. Die wichtigste Aufgabe ist die Mitglieder von der Bedeutung der Reichstagswahl zu überzeugen. Es geht bei der diesjährigen Wahl um

Sein oder Nichtsein der Demokratie,

um den Bestand der Republik, um die Zukunft des Sozialismus.

Jede Parteigenossin und jeder Parteigenosse muß Kämpfer für die Partei sein. Daß diese Erkenntnis durchgedrungen ist, zeigte der Besuch der veranstalteten Versammlungen.

In Delitzsch, Armendorf, Halle, Bitterfeld, Wolfen und Könnern fanden Mitgliederversammlungen statt. Die Genossen Thiele, Pikard und Stadt sprachen über das Thema: „Auf zur Reichstagswahl". Die Versammlungen waren alle sehr gut besucht. In allen Orten wurden Wahlkomitees gebildet und die dringendsten Wahlvorbereitungen besprochen.

In Delitzsch, Halle, Gröfenhainichen, Bitterfeld, Sandersdorf und Zörbig sprach der Genosse Prof. Dr. Waentig über Deutschlands Schicksalsstunde. Die Versammlungen gestalteten sich überall, besonders in Halle, zu einem glänzenden Auftakt unseres Wahlkampfes. In Löbnitz und Kaltenmarkt sprach Genosse Pikard. Auch diese Versammlungen waren der Jahreszeit entsprechend gut besucht. Die Diskussionen in den Versammlungen wurden von den Gegnern sachlich geführt. Der Verlauf der Versammlungen berechtigt zu den besten Hoffnungen für den Tag der Wahl. Nur noch knapp

6 Wochen trennen uns vom Wahltage.

Diese Zeit muß ausgenutzt werden. Jedes Mitglied der Partei muß Hand ans Werk legen. Keiner darf zurückbleiben und glauben, auf ihn komme es nicht an.

Genossen! Es ist ein großer Preis

um den wir ringen. Tue jeder seine Pflicht und den 6. Juni wird ein Ehrentag für die Sozialdemokratische Partei in unserem Bezirk sein. —

An Herrn Reinh. Drescher,
Halle a. S, Harz 42/44. Zimmer 12.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur S. P. D.

Name: _____

Beruf: _____

Geburtsdat. u. Ort: _____

Wohnung: _____

Beitrag: Für Männer 30 Pf., für Frauen 15 Pf. pro Woche.
Aufnahmegebühr: 1.– M.

Bei Postanmeldung ist ein Monatsbeitrag und die Aufnahmegebühr an obige Adresse oder an das Postscheckkonto 67575 Leipzig einzusenden.

Der schlimmste Feind des Volkes ist seine eigene Gleichgültigkeit. Fernbleiben von den Kämpfen der Zeit beruht auf Mangel an Pflichtgefühl und an Selbstachtung. Sich selber und dem Ganzen tut nur der genug, der sich nach seiner Ueberzeugung im öffentlichen Leben betätigt.

Mögen darum alle, die unsere Grundsätze und Ziele für richtig halten, auch offen, wie es freien Staatsbürgern ziemt, für unsere Sache eintreten. Hand- und Kopfarbeiter, Männer und Frauen! In der Partei seid Ihr keine dienenden Glieder, sondern gleichberechtigte, mitbestimmende Genossen und Genossinnen! Nur so gewinnt Ihr dauernden Einfluß auf Eure eigenen Angelegenheiten als Bürger und Bürgerinnen der Republik.

Tretet ein in die Partei! Abonniert die „Volksstimme"!

An die **Expedition der „Volksstimme",**
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.

Hiermit abonniere ich die „Volksstimme"

ab: _____

Name: _____

Wohnung: _____

Abonnementspreis 4 M. pro Monat für Abholer,
bei freier Zustellung ins Haus 4.50 M.

Bei Postbestellung und Einsendung des Bezugspreises auf das Postscheckkonto 67513 zahlt der Verlag die Postgebühren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200429-16/fragment/page=0007

Wählerversammlung in den Thalia-Sälen, Geiststraße spricht Freitag abend 8 Uhr über: Oberbürgermeister Gen. Beims-Magdeburg Der Feind steht rechts.

System nicht hervorgebracht. Es hat sich durch seine Unfruchtbarkeit sein Urteil gesprochen." Aus Ludendorffs „Erinnerungen" S. 363/364.

Deshalb wählt keine Männer die noch jetzt anerkennende Worte für dieses alte Regime finden.

Lebensmittelabkommen und Kapp-Putsch.

Ueber die Lebensmittelpolitik der Regierung unterrichten zwei Nachrichten in Nr. 93 und 98 der Volksstimme. Diese Abschlüsse, dazu bestimmt, dem deutschen Volke über die Ernährungsschwierigkeiten hinwegzuhelfen, wurden gefährdet und verzögert durch den Gewaltschlag von Kapp-Lüttwitz und durch alle die Kreise die sich dem nicht energisch widersetzten. Wendet Euch gegen dieselben.

Ein Untersuchungsausschuß und seine Geschichte.

Volksstimme Nr. 96.

Aus diesem Artikel ist zu ersehen, daß die Unabhängigen wohl große und hochtönende Forderungen stellen, bei ihrer Durchführung aber versagen, sondern unserer Partei alle wirkliche Arbeit zuwälzen. Nachzutragen ist zu diesem Fall noch, daß auch der Demokrat Neuschke für unsere Forderungen eintrat und also nur der Unabhängige Dr. Geyer an der Selbstkastrierung des Ausschusses, um mit der „Freiheit" zu reden, die Schuld trägt.

Ein unerhörter Terroristenstreich.

Es ist tief bedauerlich, daß es noch immer „Sozialisten" gibt, deren politische Betätigung auf dem Felde der persönlichen Anrempelung gegen andersgesinnte Klassengenossen liegt und deren Sinnen und Trachten nur danach geht, den Parteikampf in immer schäbigere Formen zu drängen. Die Dürrenberger „Unabhängigen" haben vor einigen Tagen gezeigt, daß sie noch lange nicht in der Lage sind, sozialistische Ideen mit den Waffen des Geistes in die breiten Bevölkerungsschichten zu tragen. Ihre „revolutionäre" Schwungkraft wirkte sich in grobsten Wildwestformen aus und sie können infolge ihrer Terrortaktik einen neuen „Sieg" über die ??? „Rechts"-Sozialisten buchen. Sie haben eine von unseren Genossen angesetzte Wahlversammlung gesprengt, die Saalkasse verlündert — oder sozialisiert? — und damit allen Reaktionären der Umgegend ein treffliches Schauspiel und einige heitere Stunden bereitet. Unsere Genossen verließen den Schauplatz, da sie ihre Meinungen nicht in der den „Unabhängigen" genehmen Art und Weise austauschen wollten. Im Krimlacher wurde die gestörte Veranstaltung fortgesetzt und Gen. Stoltzberg aus Burg bei Magdeburg konnte sein Referat zu Ende führen. Im ersten Lokal betrieben dann die Unabhängigen die Aufklärungsarbeit in der Form der bekannten Feichtlügenverbandsmanieren und die Herren Schmöller, Winkelmann und Konsorten leisteten auf diesem Gebiete geradezu meisterhaftes. Herr Schmöller behauptete sogar in einem Anfall von Wahrheitsliebe, seine Partei, die U. S. P., habe sich von der Partei der Bebel-Liebknecht-Singer getrennt. — Recht so. — Herr Kaiser behauptete zwar, es sei ein falscher Zungenschlag gewesen ... aber ... aber ... Es ist nicht zu begreifen, daß sich gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter derartige Entstellungen der politischen und wirtschaftlichen Lage kritiklos gefallen lassen. Als dann ein Diskussionsredner doch ganz generalisch gegen die Praktiken dieser politischen Mauleselstärke Stellung nahm und die Anwesenden aufforderte, schon des eigenen Selbsterhaltungstriebes wegen für die Errichtung der alten solidarischen Grundsätze einzutreten, erntete er von einem großen Teil der Versammlung ungeteilten Beifall. Trotzdem Herr Winkelmann die den Redner, um ihn unmöglich zu machen des öfteren mit „der Mehrheitssozialist spricht" bedachte. So mancher Versammlungsbesucher hat eingesehen, daß der „Bruderkampf" in Dürrenberg weiter nichts ist, als ein Renommiertrick einiger selbstbedachter Lokalgrößen. Die Kampfesart der Dürrenberger „Unabhängigen" wird bei der gesamten Arbeiterschaft keine Zustimmung finden, denn die Vertreter aller sozialistischen Parteien sind sich darüber einig, daß der kommende Wahlkampf mit geschlossener Front gegen die Reaktion, die sich hinter der Maske der Rechtsparteien verbirgt, geführt werden muß. Daß das Vorgehen der Winkelmann, Schmöller und Konsorten sogar strafrechtlich verfolgt werden kann, ist wohl nur noch nebenbei zu erwähnen. — Wie das „Naumbg. Tageblatt" mitteilt, haben die Kassenräuber das „eroberte" Geld ihrem Wahlfonds überwiesen. Hoffen sich Fuhrern sich die Dürrenberger Unabhängigen noch zu dieser Affäre.

Hausangestellte und Sozialdemokratie.

Ein Wort zu den Wahlen.

Wer bei den letzten Wahlen beobachtet hat, wie die Hausangestellten von ihren „Herrschaften" im Vertrauen auf ihre mangelnde politische Schulung zur Wahlurne geschleppt wurden, wird die Notwendigkeit der politischen Aufklärung gerade in dieser Gruppe von Arbeitern und Arbeiterinnen einsehen.

Hier ist fast alles noch beim Alten geblieben. Die Zeichen der guten alten Zeit haben sich hier noch nicht verwischt.

Wir stehen wieder vor der Wahl. Wollen wir nicht, daß diese unsere Arbeitsschwestern zu Verrätern an unserer Sache werden, so muß noch viel getan werden. Viel Aufklärungsarbeit muß hier geleistet und unsere Ideen müssen auch in die Kreise der Hausangestellten getragen werden. Keine Gruppe der arbeitenden Klasse steht so unter der Fuchtel und Vormundschaft der Arbeitgeber wie die Hausangestellten. Wir wollen nicht den Klassenhaß predigen, nicht diese unsere Arbeitsschwestern „radikalisieren". Nein, wir wollen ihnen nur klar machen, daß sie gleichberechtigte Menschen sind, genau wie jene, ihre „Herrschaften".

Wir wollen ihnen sagen: Ihr seid Arbeiter, aber keine Sklaven, also tue ein jeder, eine jede von uns seine Pflicht und trage Aufklärung in diese Reihen der Arbeiter.

Den Hausangestellten aber ist zu sagen: Erwacht, laßt euch nicht länger als Sklaven, als Stimmvieh behandeln, schart euch um die Fahne des Sozialismus, werdet Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Sorgt dafür, daß auch eure Arbeitsschwestern im Parlament vertreten sind. Ihr habt die Macht, wenn ihr nur wollt. Also benutzt sie, solange es Zeit ist. Noch ist es nicht zu spät!

Der neue Stimmzettel.

Das neue Reichstagswahlgesetz, das am Freitag die dritte Lesung passiert, ändert auch den Stimmzettel. Es wird bei der nächsten Wahl nicht mehr notwendig sein, alle Kandidaten auf ihm zu nennen. Es genügt durchaus, wenn einer aus der aufgestellten Liste auf dem Stimmzettel steht. Er gilt dann für die ganze Liste, auch kann die allgemeine Parteibezeichnung auf dem Stimmzettel genügen.

Wichtiger als diese Bestimmungen ist der Wegfall der bisherigen Anordnung, daß der Stimmzettel aus geglättetem weißem Papier gedruckt werden muß. Diese Bestimmung hat längst ihren Sinn verloren, seitdem die Abgabe des Stimmzettels im undurchsichtigen Kuvert vorgeschrieben ist. So wird bei den kommenden Wahlen der Stimmzettel auf Zeitungspapier gedruckt werden können und wird dann trotz des hohen Papierpreises doch nur einen Bruchteil eines Pfennigs kosten, während die auf dem bisher vorgeschriebenen geglätteten weißen Papier mehrere Pfennige gekostet hätten, was neben der sonstigen Vergrößerung der der Wahlkosten eine ganz außergewöhnliche Verteuerung der Wahlvorbereitungen hervorgerufen hätte. —

Aus der Parteien-Entbindungsanstalt.

Wir sind leider nicht mehr in der Lage, sämtliche in den letzten 14 Tagen neugeborenen Parteien statistisch in der richtigen Reihenfolge anzugeben. In den zahllosen Neugründungen ist nunmehr noch die „Nationaldemokratische Volkspartei" hinzugetreten. Wie ihr Name besagt, ist sie ein Sammelsurium sämtlicher schon bestehender bürgerlicher Parteien, wobei wir besonders begrüßen, daß sie uns Sozialdemokraten von der Aufnahme in ihr Programm verschont hat. Sie erklärt in ihrem Aufruf, daß sie von jedem bereits bestehenden Parteiprogramm ein Stück für sich in Anspruch nimmt, nur ist sie ehrlich genug, ihren antisemitischen Charakter offen zu bekennen, ein Mut, der bekanntlich den Deutschnationalen abgeht. Auch ein Parteivorstand ist schon da und natürlich die beigefügte Zahlkarte. Die ganze Sache wäre an sich ein mehr oder minder harmloser Versuch, neue Vorstandsposten zu erfinden und den Gutgläubigen ihr Geld aus der Tasche zu ziehen, wenn nicht diese Aufrufe an den Dienststellen an die Eisenbahner verteilt würden. Hier wird die Angelegenheit zu einer öffentlichen, und es ist Sache der Regierung, schleunigst Einhalt zu tun.

Das wahre Gesicht der deutschnationalen Volkspartei.

S. A. K. Warum wohl die Antisemiten, d. h. die Oberreaktionäre, Hunderttausende verpulvern, um die Arbeiter für ihre Zwecke einzufangen. So fragt sich mancher und die Antwort lautet: Sie wollen die Sozialdemokratie zersplittern, wollen Unfrieden säen, und wollen den Juden als Stufe benutzen, um auf den alten Gottesgnadenthron zu gelangen und dann wieder den Untertanen zeigen, was eine Harke ist. Wer es nicht glauben will, bekommt einen Taler, d. h. in Papier, oder aber er lasse, was ein deutschnationaler Antisemit in einer schwachen Stunde von sich gegeben hat. Im Deutschnationalen Verein in Zürich sagte der Vorsitzende, Pfarrer Wegner, über seine Erfahrungen auf einer Reise in Deutschland dieses:

„Der Antisemitismus ist für die Deutschnationale Partei ein politischer Grundsatz, der taktisch die allergrößten Erfolge verspricht. Bei der im Lande weitverbreiteten Stimmung gegen das Judentum kann man nämlich mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß auch zahlreiche Leute, die den Rechtsparteien sonst sehr fern stehen, in dieser Hinsicht auf uns hören, so gelingt es auch, viele Arbeiter gewissermaßen „hinten herum" für die Partei zu gewinnen, ohne daß sie eigentlich recht wissen, warum."

Arbeiter, Angestellte und vor allem ihr Frauen, merkt Euch diesen politischen Grundsatz der Deutschnationalen Partei.

Zeichnet zum Wahlfonds!

Es gingen weiter ein von Gen. G. 50 Mk., Gen. W. 5 Mk., Gen. Z. 36 Mk., Gen. R. 50 Mk., Gen. R. 10 Mk., Kampffondsmarke d. Gen. Nit 10 Mk., Sammelliste Nr. 1444 d. Genossin R 61.50 Mk., Liste Nr. 1776 d. Gen. K. 75 Mk., Liste Nr. 1774 d. Gen. K 76 Mk., Liste 1433 d. Gen. Kl. 34 Mk., Liste 1456 d. Gen. B. 800 Mk.

Bücher zur Wahl

Bernstein, Was ist Sozialismus?	M. 0.40
Lassalle, Arbeiterprogramm	„ 3.60
— Ueber Verfassungswesen	„ 2.20
Dieder's Marx-Brevier	„ 6.00
Marx u. Engels, Das kommunistische Manifest	„ 2.80
Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft	„ 2.40
Bebel, Sozialdemokratie und Antisemitismus	„ 1.00
Bernstein, Wirtschaftswesen und Wirtschaftswerden	„ 4.80
Kautsky u. Schönlank, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie	„ 0.75
Liebknecht, Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen	„ 0.80
Scheidemann, Der Feind steht rechts	„ 0.40
David, Referentenführer	„ 5.00
Wissel, Planwirtschaft	„ 0.75

liefert die Buchhandlung der

„Volksstimme",

Halle a. S.,
Große Ulrichstraße 27,

Volksbuchhandlung in Naumburg,

Marienstr. 10, Ecke Markt,
sowie die
Austrägerinnen der „Volksstimme".

Durch die Post zu beziehen gegen Einsendung des Betrages und 15% Aufschlag für Porto u. Verpackung an das Postscheckkonto Nr. 87573 Postscheckamt in Leipzig.

Beamtenschaft und Sozialdemokratie	M. 0.25
Wir Volksschullehrer und die Sozialdemokratie	„ 0.75
Schulz, Heinrich, Sozialdemokratie und Schule	„ 2.20
Kautsky, Sozialdemokratie und katholische Kirche	„ 1.50
Die Frauen und der politische Kampf	„ 0.75
Sozialistische Erziehung im Hause	„ 0.90
Stampfer, Religion ist Privatsache	„ 1.50
— Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus	„ 1.50
— Der 9. November	„ 1.50
Kautsky, Erfurter Programm	„ 2.20
Quark, Die neue Reichsverfassung	„ 1.50
Kampffmeyer, Geschichte der Gesellschaftsklassen	„ 8.50
Mehring, Deutsche Geschichte	„ 10.80
Kautsky, Terrorismus und Kommunismus	„ 4.40

Neu! Die Brotwinsel.
Bauernhafte derbsige Lieder von Art. Zickler, dem bekannten „Vorwärts"-Schmiker. In Versen eingefangene „große Zeit". M. 4.80

Das neue Vaterunser.
Kein hilfloses Gebet sondern ein Vorsatz zur tätigen Arbeit.
Von
Professor Immanuel Herrmann, Stuttgart.
Preis 1.50 Mark.

Neu! Die erdolchte Front.
Eine Anklage in Versen von Erich Kuttner.
3.— Mark.

Abonnnementsbestellungen zum **Bezug der „Volksstimme"** sowie Beitrittserklärungen in die Sozialdemokratische Partei umseitig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200429-16/fragment/page=0008